

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1925

40 (17.2.1925)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Nußfunde“ und „Volk und Zeit“ (mit Bildern)

Bezugspreis: halbjährlich 1.— M. mit 90 S. ohne Zustellung. Einzel-
preis 10 S., Samstag 15 S. — Anzeigen: die einpaltige Kleinzeile 20 S.,
auswärts 25 S. Reklamen 80 S. Annoncenpreis 8 Uhr vormittags.

Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle
u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher:
Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Schriftleitung: Georg Schöpplin; für die Redaktion verantwortlich
Germann Kadel; für den Anzeigenteil Gustav Krüger.
Druck und Verlag von Gerd & Cie., sämtliche in Karlsruhe.

Ein schwacher Verteidigungsversuch

Berlin, 16. Febr. Die ausführliche Denkschrift über die Ruhrkrisis, die heute dem Reichstag zugegangen ist, befaßt sich in ihren wichtigsten Teilen mit dem Zeitraum nach Aufgabe des Ruhrkampfes und umfaßt insbesondere die Reparationsleistungen, die der Industrie des besetzten Gebietes anstelle des Reiches durch die sogenannten Reparationsanleihe aufgelegt worden sind, und die diese an eigenen Mitteln an die Besatzungsmächte ausgeführt hat. Zunächst ist festzustellen, heißt es darin, daß die Zahlungen nicht nur den großen Industriegruppen des Ruhrgebietes, sowie den anderen herabzulassenden Vereinigungen des besetzten Gebietes, der chemischen Industrie und der Rheinindustrie zugestanden worden sind, sondern gleichzeitig auch der großen Anzahl kleiner und kleinster Gewerbetreibenden, soweit sie gezwungen waren, für das Reich Reparationsleistungen zu übernehmen, oder in anderer Weise durch Maßnahmen der Besatzungsmächte geschädigt worden sind. Die Verhandlungen sind mit den einzelnen Wirtschaftskreisen unter den obwaltenden Umständen einzeln durchgeführt worden in der Erwägung, daß eine Gesamterregung des Reparationsproblems in naher Zeit zu erwarten stand. Damit die Leistungen alsbald ihr Ende erreichen würden, entwarf sich zunächst die Ruhrkohlenindustrie, durch Anspannung ihrer privaten Kräfte die Reparationsleistungen zu übernehmen und über die Vorauszahlung, daß die Reichsregierung eine Verpflichtung zur späteren Erstattung der Leistungen übernehme. Die Reichsregierung trat in einem Schreiben des Reichs an die Reichsregierung des Ruhrgebietes vom 20. Oktober für die Befreiung dieses Gebietes ein, da nach ihrer Auffassung sonst das Chaos und die Misshandlung des Reiches im Ruhrgebiet unvermeidlich gewesen wäre. Unter diesen Umständen entschloß sich die Reichsregierung, den Verhandlungen der industriellen Vertreter durch die Schlichtungskommission unter Führung von Hugo Stinnes mit der Ruhrkohlenindustrie zuzustimmen, die Aufrechnung der übernommenen Lasten auf gewisse Reichsrenten zu gestatten und für die darüber hinausgehenden Leistungen eine Verpfändung zur Sicherung der vorgeschuldeten Beträge mit der Übergabe anzuerkennen, daß die Beträge der Renten zunächst zurückgeschrieben und nach Ordnung der Reichsfinanzen im nächsten Jahre oder auf andere Weise vergütet werden. Die vollständige Bereitwilligkeit der Reichsregierung hierzu wurde aufgrund einer Kabinettsbeschlusses vom 20. Oktober 1923 erteilt und die näheren Einzelheiten in einem Schreiben des Reichs an den Reichsminister der Finanzen an Hugo Stinnes niedergelegt. Die Verpflichtung des Reiches zur Rückzahlung ist als unbedingbar.

Die Frage war nur, wann und in welcher Weise die Verpflichtungen am besten erfüllt werden. Durch eine schnelle Regelung, die nur im Wege des Beleges möglich war, bestand nicht nur die Aussicht, der Industrie Hilfe in ihrer finanziell bedrückten Lage zu bringen, sondern vor allem die Möglichkeit, einen bedeutenden Nachschub ihrer Forderungen und damit einen finanziellen Vorteil für das Reich zu erzielen. Um diese Vorteile für das Reich zu sichern, wurden die Zahlungen aufgrund einer Staatsübernahme vorgenommen. Dabei bestand von vornherein die Absicht, sich später Indemnität erteilen zu lassen. Dieser Weg der nachträglichen Indemnitätserhaltung war vor allem deshalb geboten, weil der Reichstag früher nicht gefragt werden konnte. Eine Behandlung dieser Dinge im Reichstag hätte bei der Einstellung der Ruhr zum leicht dazu geführt, daß die Gegner ab dann ihre Forderungen stark erhöht und weitere Leistungen an dem besetzten Gebiet herausgeholt hätten, was schon ohnehin der Fall gewesen ist. Der Antrag auf Indemnität liegt jetzt vor und ist dem Reichstag zugleich mit der Denkschrift zugegangen.

Die Denkschrift und die darin enthaltenen Aufklärungen können die Regierung nicht entlasten, vor allem nicht wegen ihres eigenmächtigen Handelns, sondern auch hauptsächlich deshalb, indem über die Hauptfrage, nämlich über den Verbleib der Lohn- und Vergütungsgelder, die im Verlauf des passiven Widerstandes zu Millionen an die Ruhrindustrie abgeführt wurden, nicht Rechenschaft abgelegt wird.

Hierüber schweigen sich die Vertreter aus, weil sie ein unreines Gewissen haben und die zuständigen Stellen sich niemals um die tatsächliche Verwendung dieser Lohn- und Vergütungsgelder kümmern. Als feststehend kann betrachtet werden, daß die Industrie die fortlaufenden Millionengeldsummen der Reichsregierung benutzt haben, um ihre Anlagen zu ergänzen, Neubauten zu errichten, Sachwerte hinzuzufügen oder die Marktbeträge in Devisen umzuwandeln. Das ist nicht in einem Fall geschehen, sondern hunderte von Fällen können angeführt werden, um das zu beweisen. Das „Berliner Tageblatt“ greift in seiner Sonntagsausgabe bereits auf einen Spezialfall zurück, ohne aus bestimmten Gründen — die betreffende Firma zu nennen. Es schreibt:

„Wir wollen nur feststellen, was unbedeutend die Entschädigungen gewesen sind, die die Ruhrindustriellen in Höhe von über 700 Millionen Mark für nachträglich Ende vergangener Jahre, vom Reich haben ansahen lassen. Ein schwerindustrieller Eisen-, Stahl- und Kohlenkonzern hat aus dem ihm so überreichlich zufließenden Reichsgeldern (Papiermarktskredit und Lohnrückstellungen) nicht weniger als 100 Millionen Mark an Anlagen geschaffen: verschiedene Walzwerke, eine Veranlagung, eine Gaswerkstätte, eine Gaszufuhrleitung in einer Länge von über 30 Kilometer, eine Erweiterung der Gasanlage, den Neubau von zwei Direktorvillen und den

Ankauf mehrerer Häuser. Das macht alles in allem die beträchtlichen Goldmillionen aus, die für angeblich unproduktive Arbeiten letzten Endes auf Reichskosten verausgabt worden sind.“

Rundige behaupten, daß es sich in dem vorstehenden Falle um die Firma Thyssen handelt, deren Besitzer und Chef erst vor wenigen Monaten als nationaler Mann die Sozialdemokratie auf die schmutzigste Art und Weise beschimpfte. Es ist der gleiche Thyssen, von dem der „Vorwärts“ in seiner Sonntagsnummer feststellt, daß er innerhalb zehn Jahren über 300 Millionen Goldmark verdient hat. Alle Großindustriellen werden nun das Geschäft nicht so verstanden haben wie Herr Thyssen, aber sicher ist, daß die Mehrzahl der Industriebesitzer im Verhältnis zu ihrem Friedensvermögen die Inflation ähnlich überstanden hat wie Herr Thyssen und sie sich ebenso wenig geschämt haben, die Not unseres Landes auszunutzen, wie jener Großindustrielle, dessen politisches Ziel die „Ueberwindung der Sozialdemokratie“ ist.

Die Reichsregierung aber geht hin und lohnt den Betrug am Volke nachträglich noch mit der Auszahlung von 700 Millionen Goldmark! Sie belohnt ihn hinter dem Rücken des Parlaments, ohne rechtliche Grundlage und gegen den Willen des Volkes auf eigene Faust und will jetzt dafür Indemnität haben. Milliarden sind den Industriellen auf diese Art in den Taschen geworfen worden, während Hunderttausende von Arbeitern ihre geringen Ersparnisse verloren und heute nicht einmal in der Lage sind, ihre Familien so zu ernähren, wie es im Interesse der Gesundheit und im Interesse des Staates notwendig wäre. Das traurige Kapitel an diesen Zuständen aber ist, daß die Reichsregierung es überhaupt noch wagen will, die Auszahlung der 700 Millionen Goldmark zu begründen. Mit gutem Recht sagt das „Berliner Tageblatt“, daß der Reichstag für diesen Fall die Gegenrechnung aufmachen muß und vor allen Dingen festzustellen hat, wieviel das Reich den Ruhrindustriellen bereits während des Ruhrkampfes, Papiermarktkrediten, an Lohnrückstellungen, Kohlen- und Umschlagern geschenkt hat. Dann wird sich ergeben, daß die Ruhrindustriellen nicht nur während des Ruhrkampfes ein Finanzgeschäft zu Lasten des Reiches gemacht haben, das ein Mehrfaches von 700 Goldmillionen beträgt, und daß die ihnen noch obendrein unanständig ausgesetzten Entschädigungssummen ein weiteres Geschäft des Reiches über die Inflationen und Lohnrückgewinne der Ruhrindustriellen hinaus darstellen.

Preßstimmen

Berlin, 17. Febr. (Sig. Fundent). Zu der Denkschrift der Reichsregierung über den Ruhrkampf schreibt der „Vorwärts“: „Man gewinnt den Eindruck, das ist die Verteidigung einer Reichsregierung, die vor dem Parlament und vor dem Volke schwer angeklagt ist! Angeklagt der Verletzung des obersten verfassungsmäßigen Rechtes der Volksvertretung, der Verletzung des Budgetrechtes. Angeklagt, einer einzelnen Bevölkerungsgruppe finanzielle Zuwendungen von ungeheurer Ausmaß gemacht zu haben, deren tatsächliche Berechtigung bestritten wird, deren Berechnung mehr als zweifelhaft ist. Angeklagt, diese Summe dahingegen zu haben ohne sich die Möglichkeit einer Kontrolle über die Verwendung zu sichern. Das ist eine „Verteidigungsschrift“. Man hätte erwartet eine schlagenbe- weisführung zu finden, eine Beweisführung, die den Schritt der Regierung begründet hätte, sich über das Recht des Parlamentes hinweg zu setzen. Doch nichts von alledem, nur die Redensarten, die wir in den amtlichen Dokumenten zum schon wochenlang zu hören bekommen und an deren Ende immer wieder die Frage steht: Warum, warum, warum...“

Mit erschreckender Deutlichkeit zeigen die Zahlen und Berechnungen dieser Denkschrift, wofür wie unter dem Regime Luther und Stinnes gekommen sind. Da erscheinen die summierten Grundsätze, nach denen man in der Inflationzeit leidlich die Steuererhebung des Reiches behandelt hat. Mit fonderbarer Handbewegung ist nach passivem Ueberfall ohne eindringende Einzelkritik und Kontrolle über Gelder des Reiches verfügt worden.“

Die „Allgemeine Zeitung“ schreibt: „Es ist der Regierung offenbar nicht leicht geworden, das seit Jahre und Tag angesammelte Material über die Ruhrkrisis abzugeben der Öffentlichkeit zur Kenntnis zu bringen. Sie hat es darauf ankommen lassen, bis im Gesundheitszustand der Kräfte erdarrt wurde und dann hat es noch wochenlang gedauert, ehe sie sich zur Herausgabe der Einzelheiten entschloß.“

„Freilich bemerkt die Germania“: „Was lange währt wird nicht immer gut. Das zeigt die endlich veröffentlichte Denkschrift über die Reparationslasten und Schäden der Privatwirtschaft des Ruhr- und Rheingebietes und ihre Erstattung durch das Reich“, in der mit reichlichen Effektivitäten ein Material zusammengetragen wurde, das nur dem Reiter hat, daß es nicht lindenlos ist. Und das führende Organ des Zentrums wirft die Frage auf: „Sagt sich rechtlich, staatsrechtlich und ethisch vertretbar, wie die Regierung diese Entschädigung gewährt hat?“ um

sofort die Antwort zu geben: „Diese Frage muß man auch noch eifrigem Studium der Denkschrift vernehmen!“

Für die „Zeit“, das Sprachrohr Stinnes, erbringt dagegen die Denkschrift den Beweis: „Daß es sich bei den geschätzten Entschädigungen und bei dem noch ausstehenden Rest vornehmlich um die Uebernahme von Reparationslasten auf das Reich handelt, die in jüngerer finanzieller Notlage des Reiches von der privaten Wirtschaft auf die eigenen Schultern genommen worden sind. Dieses Verfahren wird jeder Kritik, auch der des Reichstages handhalten.“

Das Stinnes-Organ, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schießt den Vogel ab, indem sie die Unverfrorenheit besitzt, am Schluß einer Verteidigung des finanziellen Ruhrkampfes zwischen Ruhrindustriellen und Reichsregierung zu erklären: „Ein Standes ist es allerdings, aber nur in dem Sinne, daß diese Ruhrindustriellen es sich herausnehmen durften, zum Schaden des deutschen Reiches nachträglich einen soch typischen Ton gegen die stillen, treuen Verteidiger des Ruhrgebietes — Unternehmer und Arbeitervertreter — zu führen.“

Verständlich ist es, wie die durch die Dornat-Affäre so übel beleumundeten Urheber des Geschreies Gehör gefunden haben, sogar bei manchen ganz ehrbaren und vernünftigen Deutschen.“

Die Kabinettsbildung in Preußen

Vorläufige Ministerliste

Berlin, 16. Febr. Der preussische Ministerpräsident Marx wird sich, wie man mehr feststellt, mit seinem neuen Kabinett am Mittwoch dem Landtag vorstellen. Das Kabinett wird folgendermaßen zusammengesetzt sein, vorausgesetzt, daß nicht im letzten Augenblick die eine oder die andere Aenderung vorgenommen werden muß:

- Ministerpräsident: Marx (Ztr.);
- Wohlfahrt: Sirisfester (Ztr.);
- Aufsicht: Dr. Am Behnhoff (Ztr.);
- Landwirtschaft: Ledonowicz (Ztr.);
- Ernährungswesen: Dr. Schreiber (Ztr.);
- Finanzen: Dr. Höpfer (Ztr.);
- Kultur: Der bisherige Staatssekretär Becker, der den Demokraten nahe steht.

Inaures Sebering als Nachminister (Soz.). Als Staatssekretär im Kultusministerium ist außerdem der Vender des bekannten Zentrumsabgeordneten im Reichstag Dr. Lammer in Aussicht genommen.

Berlin, 16. Febr. Die Sozialdemokratische Landtagsfraktion teilte dem Ministerpräsidenten Dr. Marx mit, daß sie beschloßen habe, sich an dem Kabinett mit Sebering als einzigen sozialdemokratischen Minister trotz schwerer Bedenken wegen dieser nicht ausreichenden Vertretung zu beteiligen.

Die Regierung Marx ist ebenso ein Minderheitskabinett wie es die Regierung Braun nach dem Rücktritt der Kritiker Dr. Voellig und Dr. v. Richter war. Sie stützt sich auf die gleiche Mehrheit wie die letzte Regierung Braun und ist infolgedessen auch den gleichen Gefahren ausgesetzt. Aber es bleibt vorläufig doch noch alles flüchtig, ehe die Opposition auch gegen Marx in der Weise vorgeht wie gegen Braun. Die „Zeit“, das offizielle Organ der Volkspartei, tut zwar im Augenblick noch so und droht mit den äußersten Konsequenzen. Damit ist jedoch die tatsächliche Haltung der Volkspartei gegenüber einem Kabinett Marx noch nicht gegeben. Die „Zeit“ hat schon allzu oft gedroht, ohne daß diese Drohungen jemals eingetreten wären, und sie ist in ihrem Urteil schon allzu oft den Tatsachen vorausgegriffen, um sich dann von ihren eigenen Parteifreunden desabotieren zu lassen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sie dieses Schicksal vorerst auch in den nächsten Tagen erleben wird. Mehr als sicher ist u. U. aber schon jetzt, daß für den Fall eines Mißtrauens gegen die Regierung Marx die Volkspartei nicht geschlossen stimmen wird. Auch der Versuch, ihr Mißtrauen nur gegenüber dem sozialdemokratischen Innenminister Sebering zum Ausdruck zu bringen und die anderen bürgerlichen Minister ungeschoren zu lassen, dürfte nicht etwa nur zu dem Rücktritt Seberings, sondern zu dem Gesamtrücktritt des Kabinetts Marx führen. Das aber wollen verschiedene Volksparteiler vermeiden, weil sie sich der evtl. Konsequenzen für das Reich bewußt sind.

Direktorengehälter bei der Reichsbahn

Berlin, 16. Febr. Der Verwaltungsrat der Reichsbahngesellschaft billigte den Direktoren (Abteilungsleitern) der Hauptverwaltung der Reichsbahngesellschaft Sonderzulagen von 7500—12000 M. und Dienstaufwandsgehälter von 8000 bis 12000 M. neben ihren pensionsfähigen Bezügen zu. Die leitenden Direktionspräsidenten erhalten je 11000—14000 M. Zulagen und Dienstaufwandsgehälter von 8—12000 M. Die anderen leitenden Beamten der Hauptverwaltung (bisherige Ministerialräte) und der Gruppenverwaltung (bisherige Direktoren) erhalten zu ihren Gehältern noch Zulagen von 1100—4000 M. und Dienstaufwandsgehälter von 2200—6000 M. Die Zahl dieser mit Zulagen bedachten Beamten soll zunächst 107 betragen. Die Mitglieder des Verwaltungsrates sollen 10—12 200 M. erhalten.

Hochfeine Kolonialfreunde

Von Kurt Heintz

Das nachstehende ist ein kurzes Stück aus dem vor- besetzten, in wenigen Tagen erscheinenden Buch von Kurt Heintz „Die Finanzskandale des Kaiserreichs“...

Am Gründungsprospekt der „Afrikanischen Kompanie“ finden wir neben dem unvermeidlichen konservativen Reichstagsabgeordneten... den nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Henningstadi...

Die Gründung der ebenso merkwürdigen „Safata-Samoa Co.“ wurde im besonderen von dem schon genannten national- liberalen Reichstagsabgeordneten Henningstadi, gemeinsam mit dem Admiral Thomjen und dem Geh. Kommerzienrat Svemann gemacht.

Bei der Propaganda für die „Afrika-Marmor-Kolonial- gesellschaft“ findet man im Gründungsprospekt friedlich zu löblichem Tun vereint: Reichstagspräsident Paasche, Hauptmann Graf v. Stillfried, Gouverneur a. D. v. Benningsen, Generalmajor Pöfer, bayerischer Generalstabschef v. Müller-Samburg.

Die Gründungen des Kolonial-Konzerns Mertens u. Co. waren in jenen Tagen wegen ihrer illustren Freunde, ihrem hochspekulativen Hintergrund und — auch sonst — berühmt. Wir finden stets die vornehmste Gesellschaft beisammen. So bei der „Borneo Kaufhaus Co.“ wieder den Admiral Thomsen, den unvermeidlichen Reichstagsabgeordneten Heußingstadi und den Konjunkturalisten.

In der Gründung der „Ostafrika-Gesellschaft“ „arbeiten mit“: Graf Cälar v. Wartensleben, Dr. v. Gwinner-Lugsburg, nationalliberaler Reichstagsabgeordneter Land- richter Bagemann (Vorstandsvorsitzender des Reichsverbandes zur Beförderung der Sozialdemokratie), Kap. Kammerherr Graf Senff v. Alx, Freiherr August Schilling, General- oberarzt Dr. Reuber.

Die Gründungsprojekte dieser sämtlichen Kolonialunter- nehmungen wurden ganz offen in den Zeitungen als schwin- delhafte Darstellungen behandelt. Die anständige Handels- presse warnte öffentlich vor ihnen. Warum Leute in so her- vorragender Stellung, mit so bedeutenden Namen sich zu Gründungen hergaben, vor deren sichtsüchtigen Ansehlichkeit jeder Klübe ausgereißt wäre — wenn man riskiert hätte, die Beteiligung anzubieten — blieb lange ein unerklärliches Geheimnis. Nach Gründung der „Ostafrikanischen Berg- werks- und Plantagen-Gesellschaft“ kam dann doch endlich Licht in das Dunkel dieses weltfremden Idealismus unserer ger- manischen Edelinge. Die Gründer jener Kolonialgesellschaft hatten an viele Adlige und bekannte Kolonialpolitiker ge- schrieben, daß man bereit sei, für die Vergabe des Namens auf dem Prospekt — eine Freisache zu gewähren. Das war damals üblich. Darauf unterschrieb „man“ haufenweise.

Der Clou dieser — ja wie würde das die „Deutsche Te- geseitigung und der „Berliner Lokalanzeiger“ bezeichnen, wenn so was einem Republikaner „passiert“ wäre? Wir wollen es Beteiligungsname an einem Spekulationsversuch auf dem Rücken anderer nennen, obwohl damit ausgedrückt wird, daß wir weit hinter der doch wahrhaftig sittlichen Bildkraft der Schriftsprache unserer Redakteure nationaler Zeitungen zurückbleiben; nun, der Clou dieser patriotischen Beteiligung war von unerhörter Eigen- art. Die „Ostafrikanische Bergwerks- und Plantagen-Gesellschaft“ gab nach der Benutzung der vornehmen Namen die versprochenen Freisachen nicht heraus!

Einer der Hereingefallenen blieb sich konsequent, er klagte. Darauf ließ ihm die besagte Gesellschaft durch ihren Rechts- vertreter den — stillosen Standpunkt klar machen! Der Di- rektor der „Ostafrikanischen Bergwerks- und Plantagen-Gesellschaft“ erhob als Einwand gegen die Erfüllung des von ihm a lebenden Versprechens, daß das ganze Geschäft unfruchtbar und deswegen der Anspruch nicht einbringbar sei. Außerdem gab er zünftig offen zu, daß mit den hochtönenden Unterschriften ja doch nur andere getäuscht werden sollten!

Nehmen wir einmal an, die Unterschriftgeber hätten es dennoch ganz ehrlich gemeint — sie waren eben kolonialbegier- terte Patrioten — die Freisache habe sie bei der Vergabe der Unterschrift für das Anreizartikel nicht beeinträchtigt, ob- wohl eigentlich die Klage auf Vergabe der versprochenen Frei- sache gegen diese Annahme spricht. Aber was waren das eigentlich für Leute, die jenen Trick in Szene setzten? Zu den führenden Köpfen der „Ostafrikanischen Bergwerks- und Plan- tagen-Gesellschaft“ gehörten der Bergwerksbesitzer Naat, der Rittergutsbesitzer Dr. M. Schoeller, der Burggraf und Graf zu Dohna, der Freiherr Friedrich v. Alperverda und der Majors- ratsherr Wilh. v. Coester!

Es wäre falsch, anzunehmen, daß diese Gründer inwiefern schamhaft in die Erde vertunken seien. Sie sitzen noch heute im Aufsichtsrat jenes Unternehmens. Vom Reichsentschädi- gungsausschuss haben sie für den ihnen verloren gegangenen „wer- tvollen“ Kolonialbesitz — fünfzehn Goldmillionen Mark ver- langt!

Gegen die reaktionäre Hege

Die Berliner Finanzaffären werden von der natio- nalistischen Presse dazu ausgenutzt, die politische Gistmischerlei im großen zu betreiben. Besonders auf die Sozialdemokratie, die Demokratie überhaupt und auf die Republik haben es die Herrschaften abgesehen. Wir haben wiederholt in aller Schärfe und Deutlichkeit uns gegen das nationalistisch-politische Gistmischerium gewendet und eindringlich die Gefahren dargelegt, die aus dem nationalistischen Treiben entstehen, falls ihm nicht rechtzeitig Einhalt geboten wird. In bemerkens-

wertiger Schärfe wendet sich in seiner Sonntagsausgabe auch das Zentrumsblatt, der „Badische Beobachter“, ge- gen das frivole Treiben der nationalistischen Presse. Er führt u. a. aus:

... wenn man auch heute schon sagen kann, daß es tieftraurige und verwerfliche Erscheinungen sind, die hier zu- tage treten, doppelt traurig und verwerflich, weil prominente Persönlichkeiten des heutigen politischen Lebens in die Stan- dale verwickelt sind, so muß man doch auf der anderen Seite die Wachsamkeit einer gewissen Presse, die ebenfalls stan- dale genannt werden können, ebenso entschieden verurteilen und an den Pranger stellen.

Gewiß, das deutsche Volk hat ein Recht darauf, volle und reifliche Aufklärung über diese Dinge zu bekommen, ganz be- sonders auch, soweit bisherige Volkstretter dabei in Be- tracht kommen. Aber wogegen wir uns wenden und mit aller Energie werden müssen, das ist die maßlose politische Aus- schlagung der Dinge, wie sie von der Reichspresse betrieben wird! Das ist nicht mehr christliche Berichterstattung und sach- liche Aufklärung, nein, das ist nichts anderes als löbliche Ent- stellung und tendenziöse Ausnutzung mit dem ganz bestimmten Ziel, dadurch das so verhasste gegenwärtige System zu treifen, die ganze Angelenkenheit zu einem Ständes der Demo- kratie und Republik zu machen und den republikanischen und verfassungstreuen Parteien die volle Verantwortung aufzu- laden!

Es fällt uns gar nicht ein, die unehrliche und unmora- lische Handlungsweise der in dem Barmai-Standal belasteten politischen Persönlichkeiten auch nur mit einem Worte zu ent- schuldigen. Im Gegenteil! Wir verbitten uns aber ganz energisch, daß man einiger weniger Personen wegen gewisse- r Parteilichkeit und des heutigen Systems für diese Dinge verantwor- tlich machen will! Wir fragen: Wer ist denn im alten Re- gime nichts davor gewesen? Man denke nur an die Ständele und Kräfte der 70er Jahre und an so manche andere Fälle, die man in letzter Zeit genötigt war, manchen Herr- schaften ins Gedächtnis zurückzurufen; Fälle, die bis in die höchsten Kreise Wellen schlugen.

Das ist eine ebenso kräftige wie berechtigte Charak- terisierung und Zurückweisung des unheimlichen Trei- bens, dessen Vererber nationalistische Pressebanditen sind.

Momentbilder

„In der Ecke steht ein bescheidener Mann“, sagt der Dichter Ribeamus. In der Freitagssitzung des preussischen Unter- suchungsausschusses war dieser bescheidene Mann der ehemalige Finanzminister der Deutschen Volkspartei, Herr von Richter. Erndt jemand hat sich endlich erinnert, daß Herr von Rich- ter doch eigentlich als damaliger Finanzminister die Verantwor- tung für die Seehandlung trüge. Und so erschien Herr von Richter zwar nicht am ersten, aber am dreizehnten Ver- handlungstage und sagte aus. Ein bescheidener Mann, wie gesagt. Er weh von nichts. Kann natürlich nichts dafür. Denn man hat ihm nichts gesagt. Und woher soll ein Mini- ster etwas wissen, wenn keiner seiner Untergebenen ihm etwas sagt?!

Und was soll man dazu sagen? Man empfindet Mitleid mit dem bescheidenen Mann und schweigt. Denn allerdings dabeil: Wie würde die Rechte Standal machen, wenn dieser be- scheidene Mann etwa Geringeres oder Ueberrames biete?!

Notabene: Dieser bescheidene Mann war bei der letzten Ministerpräsidentenwahl der offizielle Gegenkandidat der Rich- ten gegen Marx...

Das alte Sprichwort, wonach Mägen kurze Beine haben, paßt nicht mehr in eine Zeit, in der man Voruntersuchungen monatelang ausdehnt, um Verleumdungen möglichst lange am Leben zu lassen. Doch mitunter glückt es auch, daß ein Un- gestörter rechtzeitig zu finden. Vor einigen Tagen hatte in einem Berliner Stadtparlament der Kommunist Stoll behauptet, in den Akten des Staatsanwalts befände sich eine Doku- mentation des Genossen Hirsch über 50 000 Mark. Aus der Form der Äußerung mußte jeder annehmen, daß gemeint seien die Akten Barmai und daß es sich um privat hingegebenes Geld handle. Genosse Hirsch drehte als Zeuge vor dem Unter- suchungsausschuss am Freitag dieser Dinge den Hals um. Es handelte sich überhaupt nicht um Geld von Barmai, sondern um eine Summe, die vor Jahren dem Genossen Hirsch zu gemein- schaftlichen Zwecken von privater Seite zur Verfügung gestellt und auch dem Hingabebefehl entsprechend verwendet wurde. Dabei stellte sich heraus, daß der Verleumder Stoll über diese Dinge selber am besten Bescheid wußte.

Solche Feststellungen werden die gewerksmäßigen Mägen- fabrikanen natürlich nicht zur Scham und zum Anland zurück- bringen. Momentan richtet sich ihr schmutziges Handwerk na- mentlich gegen den Genossen Richter, der jetzt beurlaubten Berliner Polizeipräsidenten. Die bürgerliche Presse füllt Soa- len mit er- und verlogenem Zeug. Wenn die Wahrheit fest- gestellt ist, hat die Verleumdung natürlich ihre Wirkung längst getan. Vorläufig freut sich der Spießer über den haarträu- benden Ansturm, wonach a. B. Genosse Richter dem Bekker eines Veranlagungsparcs 900 000 Goldmark und mehr zugeschanzt haben soll. Zu dieser Lüge fehlt selbst das körnchen Wahr- heit, aus dem im allgemeinen solche Sensationsmeldungen entstehen.

Deutscher Reichstag

Berlin, 16. Februar 1925.

Am Regierungstisch: Innenminister Schiele, Reichs- finanzminister Dr. v. Schlieben.

Präsident Doebe eröffnet die Sitzung um 2,25 Uhr und macht Mitteilungen von einem Telegramm der sächsischen Deputiertenkammer anlässlich des Dortmund-Grubenunglücks. Der Präsident teilt weiter mit, daß die Bundesentscheide beim Reichstag eingegangen ist.

Die Beratung des Antrags Müller-Franken (So.) auf Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten über Aufnahme von Auslandskrediten durch Gemeinden und Gemeindeverbände

und des zu diesen Fragen eingebrachten sozialdemokratischen Gesetzentwurfs wird darauf fortgesetzt. Die Beratung wurde bekanntlich am Samstag infolge der Nichtanwesenheit eines Ministers unterbrochen. Reichsfinanz- minister Dr. v. Schlieben geht auf die sozialdemokratische Be- scheinigung ein, daß diese Materie auf dem Verhandlungsweg geregelt worden sei. Bereits im November 1924 sei eine Ver- ordnung über die Aufnahme von Auslandskrediten erlassen worden. Mitte Dezember sei es dann gelungen, mit sämt- lichen Ländern eine Einigung über die Richtlinien zu erzielen. Nicht aber in allen Ländern der Aufsichtsbehörden ein-

entschiedener Einfluß auf die Gemeinden und Gemeindever- bände zu. Insbesondere unterliegen in Preußen und Sachsen die öffentlichen Verbände nur einer bedingten Aufsicht. Bis Ende Januar konnte damit gerechnet werden, daß bis zum Ablauf der Verhandlungen am 31. Januar von Preußen und Sachsen einachende Gesetze in der Regierungsbildung wurde diese Hoffnung aber hinfällig. Auch in Sachsen entstanden unerwartete Schwierigkeiten. Um die unter großen Schwierigkeiten zustande gekommene Einigung nicht wieder zu ge- fährden, hat die Reichsregierung auf Wunsch einiger Länder von einer reichsgerichtlichen Regelung abgesehen.

Reichsminister des Innern, Schiele, erklärt im einzelnen die Anwendung des Artikels 48, der den Reichspräsidenten ermächtigt, die notwendigen Maßnahmen zu treffen, damit die deutsche Sicherheit und Ordnung nicht gefährdet würde. Es handelt sich bei diesen Verordnungen um solche auf wirt- schaftlichen und wirtschaftlichen Lage infolge der Unmöglich- keit, den Weg ordentlicher Gesetzgebung einzuschalten, sind ein- zeln solcher Verordnungen unerlässlich gewesen. Es handelt sich besonders um Maßnahmen, die zur Aufrechterhaltung der Stabilität unserer wirtschaftlichen und finanziellen Verhält- nisse unverzüglich notwendig waren. Wären diese Verord- nungen nicht erlassen worden, so wären schwere Schäden zu befürchten gewesen. Der Minister kündigte einen Gesetzent- wurf an, durch den der Reichspräsident unter bestimmten Umständen ein Notverordnungsrecht für die Dauer der Abwesen- heit des Reichstags erhalten wird. Der Entwurf liegt bereits dem Reichstagsrat vor. Zweifelsfragen bestehen hier vor allem auf den Umfang der Rechte der Länder und es wird angängig sein, den Ländern in den Fällen, die ausschließlich das Land selbst betreffen, mehr Spielraum zu lassen.

Abg. Dietrich-Baden (Dem.) glaubt, daß der Artikel 48 zu Unrecht angewendet worden sei, daß es besonders von den Steuer- und Aufwandsfragen. Er dürfte nur angewendet werden, wenn Gefahr für den Staat vorlag. Heute brauche das Reich keine Anordnungsrechte mehr.

Abg. Dr. Wirth (Zent.) weist darauf hin, daß die Regierung zwar gegen Gemeinden vorgegangen sei, aber nicht gegen Wirt- schaftskorporationen. Die Wirtschaft habe ausländische Anleihen an- genommen und was der Wirtschaft recht sei, müsse den Gemein- den billig sein. Der Redner erklärt, daß in seiner Amtszeit als Reichsfinanzler kein Fall eines Eingriffs in die Selbstständigkeit der Gemeinden anzuführen sei. Eine Selbstständigkeit der Gemein- den bei Kreditoperationen würde dem Kreditmarkt sehr nützlich sein. Die Reichsregierung sei hier gar zu zentralistisch gewesen. Abg. Graf Westarp (D.M.) fordert die Beratung der Vorlage im Haushaltsausschuß. Er erinnert daran, daß die früheren Regierungen mit den sozialdemokratischen Ministern den Artikel 48 auf Wirtschaftskorporationen angewendet haben. Das gelte besonders für die Minister Bauer und Hildebrand.

Abg. Seifert (F.D.) erklärt, er verfolge auf eingehende Ber- legungen und schicke sich seinen Korrespondenten an. Im Wahl- kampfe sei dem Volk die Aufmerksamkeit versprochen worden, und es werde nicht wieder enttäuscht werden.

Abg. Dr. Kaß (F.D.) bittet um baldige Vorlegung des an- gekündigten Gesetzentwurfs.

Die Abg. Dietrich-Baden (Dem.) und Dr. Wirth (Zent.) ber- wahren sich gegen eine Mitbestimmung ihrer Rede.

Abg. Beck (So.) erkennt die formelle Begründung des Reichsinnenministers nicht für ausreichend an. Die Anträge wurden dann dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Die zweite Lesung des Haushaltsplanes des Reichsverkehrs- ministeriums

wird darauf fortgesetzt. Hierzu liegen zahlreiche Entschädi- gungen und Anträge vor. Ein Antrag Dr. Quast (D.M.) fordert die Reichsregierung auf, dahin zu wirken, daß die deutsche Reichs- bahngesellschaft in ihrer Wirtschaft und Rechnungsführung durch den Rechnungshof nachgeprüft wird, und daß sie verpflich- tet ist, ihren Wirtschaftserfolg für das Personal und Mate- rialbeschaffung und deren Verwendung dem Reichstage mitzu- teilen.

Eine Entschädigung Dr. Reichert (D.M.) fordert bei der Eisenbahn- und Postverwaltung den Vorzug deutscher Erzeug- nisse vor den Auslandswaren.

Eine Entschädigung Dr. Schulz (D.M.) verlangt, daß der Ausnahmestempel für Eisen und Stahl um wenigstens 50 Proz. ermäßigt wird und eine Entschädigung Dr. Quast (D.M.) eine Denkschrift über die Eisenbahnunfälle.

Abg. Schulz-Bromberg (D.M.) fragt, ob den Wünschen des Ausschusses Rechnung getragen sei und ein Vertreter der Reichs- bahngesellschaft anwesend sei.

Verkehrsminister Dr. Knoke erklärt, daß er diesen Wunsch der Reichsbahngesellschaft mitgeteilt und die Antwort erhalten habe, daß der Verwaltungsrat nicht in der Lage sei, einen Ver- treter zu den Reichstagsanhörungen zu entsenden (Stürmische Hör-, hört), weil dann Schwierigkeiten von anderer Seite ge- macht würden. (Erneutes Hör-, hört.) Er erklärt sich aber be- reit, einen Vertreter zu den Anhörungen zu entsenden.

Abg. Dr. Quast (D.M.) berichtet dann über die Ausfüh- rungsbedingungen. Der Redner stellt fest, daß anstelle des Eisenbahn- haushalts jetzt im Etat ein weißes Blatt vorhanden sei. Die Reichsbahn sei internationalisiert worden, anderes Banne man es nicht bezeichnen, wenn man die Form betrachtet, wie es durch das Dameschloßkommen gegeben sei. Es habe im Ausschuss Bekundungen geäußert über den Salto mortale durch den der frühere Reichsminister Oeler zum Generaldirektor der Reichs- bahngesellschaft avanciert sei. Start kritisiert wurde die Per- sonalität der Reichsbahngesellschaft. Man dürfe nicht dulden, daß gegen alle Verträge im Rheinland in verschleierter Form eine Mitbestimmung inhaftiert sei.

Reichsverkehrsminister Dr. Knoke gibt dann einen Ueber- blick über die Aufgaben seines Ministeriums. Wenn auch die Reichsbahn dem Verkehrsministerium verloren gegangen sei, so bleibe noch ein großes Arbeitsfeld übrig. Es sei kein Rumpf- ministerium, sondern habe noch eine große Bedeutung. Das Ministerium habe jetzt, losgelöst von der Reichsbahn, die ganze Wirtschaftsklage ins Auge zu fassen. Es habe dafür zu sorgen, die Verkehrssicherheit auf den Schienen, auf den Landstrassen und Wasserstraßen zu vermindern. Die Rechte des Verkehrsmini- steriums bei der Eisenbahnverwaltung seien nicht so gering, wie es nach den Darlegungen des Berichterstatters erschiene. Der Minister erklärte, er habe keinen Grund zu der Annahme, daß in dieser Hinsicht irgend welche Schwierigkeiten von der Reichsbahn kommen werden. Der Minister teilte mit, daß er ermächtigt sei, zu erklären, daß die Reichsbahn dem Reichstag jede Auskunft er- teilen werde, die er wünsche.

Ein kommunistischer Antrag auf Freilassung des Abg. Thäl- mann wird dem Geschäftsausschuß überwiesen. Das Haus verlegt sich auf morgen nachmittags 3 Uhr. Schluß 6 1/2 Uhr.

Am Haushaltsausschuß des Reichstages wurde bei der Be- ratung des Etats des Auswärtigen Amtes ein Zentrumsantrag Dr. Schreiber u. Gen. angenommen, zur Bearbeitung von So- zialfragen des Auswärtigen Amtes des Auswärtigen Amtes dauern- den Untersuchung einzuleiten, der von je zwei Mitgliedern jeder Fraktion beauftragt wird. Dr. Stresemann gibt eine Erklä- rung zur deutsch-rumänischen Streitfrage ab.

Die deutsche Tscheka vor dem Staatsgerichtshof

(Zweiter Verhandlungstag.)

Leipzig, 14. Febr. (Eig. Bericht.)

In der Verhandlung am Samstag wird die Vernehmung des Hauptangeklagten Neumann fortgesetzt. Zuerst kommt ein Schreiben zur Verlesung, das von Neumann an Helmuth gerichtet ist, in dem die Abteilung XII erwähnt wird, worunter die militärische Abteilung zu verstehen ist. In einer zweiten Urkunde, die an Neumann gerichtet war, wird General von Seekt als schärfster Gegner der Revolution bezeichnet. U. a. werden in dieser Urkunde die Namen Esert, Roste und Giller erwähnt. Das ganze stellt eine Kampfsage an die Sozialdemokraten dar. Senatspräsident Müller kommt hierauf wieder auf den Fall selbst zu sprechen. Da der Plan, den General von Seekt im Tiergarten zu erwidern, nicht zur Ausführung kam, soll Neumann später den Vorfall gemacht haben, um im Zitterfall zu bestehen. Er wird vom Senatspräsidenten aufgefordert, sich zu diesem Fall zu äußern. Neumann sagt aus, er hätte sich mit Böge mehrmals dort eingefunden, aber den General nie angetroffen. Deuts hätte sich daran ebenfalls beteiligt. So auch an der Beobachtung des Reichswehrministeriums. Marcus hatte ihm persönlich einmal den Bericht gemacht, General v. Seekt durch eine Bombe zu töten. Das habe er aber in Anbetracht dessen, dadurch das Leben anderer zu gefährden, abgelehnt. Marcus hatte Sprengstoffe und konstruierte eine Bombe, welche er dann mit Hans Neumann zu mir brachte. Wir haben sie dann alle drei auf einem freien Gelände bei Berlin-Tempelhof ausprobiert, um die Wirkung festzustellen. Neus war zu der Zeit krank. Neumann hatte telefonisch beim Reichswehrministerium berichtet, den General v. Seekt zu sprechen, wo er sich als Redakteur einer Schweizer Zeitung ausgab. Er erfuhr jedoch durch den Adjutanten, daß der General nicht anwesend sei. Später nahm Neumann durch eine Zeitung davon Kenntnis, daß sich General v. Seekt in Weimar aufhalte. Er setzte sich darauf wieder mit dem Reichswehrministerium in Verbindung, wo er erfuhr, daß der General am nächsten Tage zurückkehrt. Wir gingen jedoch am nächsten Morgen zum Anhalter Bahnhof, um dem General aufzulauern und zu erbeuten. Wir hatten geladene Pistolen bei uns. Den ersten Schuß sollte ich abgeben. Ich war mit Esert allein am Bahnhof. Der Angeklagte Neumann behauptet, daß er, wenn er den General v. Seekt wirklich am Bahnhof getroffen hätte, er nicht geschossen haben würde, da er sich im letzten Augenblick überlegt habe, daß er durch den Schuß auf offene Straße auch das Leben unbeteiligter Personen gefährdet hätte.

Es kommt dann ein Zettel mit folgendem Inhalt zur Verlesung: „So rächt sich die Revolution“. Er trägt die Unterschrift „Wand der roten Katen“. Von diesem Zettel wurden bei Neus eine Anzahl Exemplare gefunden. Diesen Zettel hätten sie am Tatort zurückgelassen, wenn sie General v. Seekt erbeutet hätten, um Helmuth gegenüber einen Rechtfertigungsbeweis zu haben.

Nach einer kurzen Pause wird mit der weiteren Vernehmung des Angeklagten fortgefahren, wobei der Fall Raufsch zur Erörterung kommt. Neumann erklärt, daß er von Helmuth den Auftrag erhalten habe, den Spigel Raufsch zu erledigen. Er lehnte den Auftrag jedoch ab, weil er sich zunächst selbst überlegen wollte, inwieweit die Anschuldigungen gegen Raufsch berechtigt seien. Er nahm zu diesem Zweck Raufsch in seine Gruppe auf, um ihn zu prüfen. Helmuth sagte mir, ich hätte nichts zu prüfen, sondern nur meine Aufgabe zu erfüllen. Raufsch müßte in 8 Tagen erledigt sein. Böge und ich nahmen die Aufgabe an, während Heinz Neumann davon unterrichtet war und sich an den Beobachtungen und der Ausführung der Tat nicht beteiligte. Als Spigel war Raufsch aus dem Grunde verdammt, weil damals alle Kuriers des Reichswehrministeriums benannt und in Untersuchungshaft gehalten wurden, während Raufsch am nächsten Tage wieder freigelassen wurde. Der Angeklagte Meyer, welcher fernseitig Leiter des Waffenapparates Berlin-Brandenburg war, sagte mir, daß Raufsch, der ihm unterstellt sei, verschiedene Waffenlager an die Polizei beraten habe. Er habe ferner auch den Bombenkonstruktionsauftrag des Regierungsgebäude in Hannover „hochgehen lassen“. Meyer ermöglichte mir, daß ich mit Raufsch in einer Speisekammer betammt wurde, wo er als Redakteur einer russischen Zeitung vorgestellt wurde. Ich sprach mit Raufsch, daß ich ihn in meine Gruppe aufnehmen wollte. Raufsch erklärte mir, daß er seit einiger Zeit von der Partei als Spigel bezeichnet würde. Er habe zwar eine Vertrauensstelle bei der Polizei inne, aber nur zu dem Zweck, um die Partei rechtzeitig von Maßnahmen, welche die Polizei gegen die Partei unternehmen würde, zu benachrichtigen. Ich habe ihn darauf in die Nachrichtenabteilung eingestellt. Er sagte mir, er müsse aber der Abteilung IA auch Berichte über uns zugehen lassen, damit sein Koffer nicht erschüttert werde. Später kamen wir allerdings dahinter, daß er nur in unserer Partei war, um der Polizei Dienste zu leisten. Auf Grund dieser persönlichen Überzeugung der Spigelstätigkeit Raufsch soll Neumann damals geäußert haben, daß er den Fall erledigen sollte. Es erfolgte sodann die sogenannte Scheinabnahme in meine Gruppe.

Diese Modalität wollte Neumann übernehmen, da Raufsch nur verwundet und nicht getötet werden sollte. Er will außer Böge auch Esert davon unterrichtet haben, daß er von Helmuth den Auftrag hatte, Raufsch zu erledigen. Die Ausführung der Tat sollte in der Abend des Bahnhofs Söbende erfolgen. Raufsch habe aber damals, als wir zusammen nach Söbende traten, schon Mißtrauen, da er in Erfahrung gebracht haben will, daß wir eine „Jahresgruppe“ gebildet hätten, um ihn zu erledigen. Da wir die Tat aber nicht zur Ausführung bringen konnten, fuhren wir wieder zurück und gingen in das Kaffeehaus National. Wir beschloßen dann, Raufsch in der Toilette des Kaffees zu ermorden, gingen aber infolge des raschen Verlebens von diesem Plan ab. Am anderen Tage gingen wir in die Wohnung von Raufsch und wollten dort die Tat ausführen und hernach mit einer Kraftdroschke wegfahren. Die Tat selbst sollte ich ausführen. Wir sagten Raufsch, daß er an diesem Tage zu Hause bleiben solle, da wir ihn notwendig zu sprechen hätten. Ich beauftragte Marcus, alle meine Papiere und Schriftstücke an sich zu nehmen, damit im Falle meiner Verhaftung die Geheimnisse nicht in die Hände der Polizei gelangen könnten. In dem Haus für des Wohnhauses von Raufsch habe ich Raufsch aufgefunden. Nach längerem Warten betrat Böge mit Raufsch den Hausflur und in einer Entfernung von 2 Meter habe ich auf Raufsch geschossen.

Nach dieser Aussage brach Neumann felsch zusammen, so daß der Vorsitzende den Angeklagten 10 Minuten ins Freie sitzen ließ. Danach berichtet er ausführlich: „Ich habe so geglaubt, daß jede Zelle des Körpers nicht verletzt werden sollten und hielt die Pistole nach der linken Seite des Unterleibes. Raufsch schlug die Hände hoch und schrie laut auf. Ohne daß ich es wollte, ist unwillkürlich ein zweiter Schuß losgegangen. Nach der Tat flüchteten wir in dem Auto bis zur Wartenstraße.“ Müller erwidert: „Sie sollen gesagt haben: „So, Du Was, das ist für dich!“ Neumann: „Ich bestritt dies entschieden, denn

ich bin nie roh und brutal in meiner Ausdrucksweise.“ Riedner: „Als Sie im Auto flüchteten, sollen Sie Esert in die Arme gefallen sein und erklärt haben: Endlich ist er erledigt!“ Neumann: „Ich verneine dies.“ Riedner: „Sie haben nach dem Unterleib geschossen; wenn nun die Kugel stiefen geblieben wäre?“ Neumann: „Ich bin immer im Bestreben, mich von zwei Pistolen getrieben und verhehle mit meinen Waffen umzugehen.“ Riedner: „Nach zwei Monaten ist Raufsch im Krankenhaus verstorben.“

Darauf wird der Gerichtsmedizinalrat Ehrenfurtz, der die Obduktion der Leiche vorgenommen hat, vernommen. Er sagt aus: „Das Geschloß hatte das Zwerchfell und die linke Leber durchbohrt, sodas Raufsch verblutet ist.“ Die eigentliche Todesursache gibt Anlaß zu einer längeren Debatte zwischen dem Vorsitzenden und den Verteidigern. Die Verhandlung wird dann auf Montag vertagt.

Aus dem Freistaat Baden

Ein merkwürdiger Reichsbahn-Protokollführer

Vor dem Amtsgericht Mannheim wurde am Mittwoch den 11. Februar in einer Beleidigungsfrage verhandelt, welche im allgemeinen die (gelinde gesagt) subjektive Einstellung eines höheren Reichsbahnbeamten zeigte und für die Reichsbahndirektion Karlsruhe im besonderen schleuniges Einschreiten nötig macht.

Der Eisenbahnpolizeiführer Engel vom Stationsamt Mannheim-Perlonenbahnhof klagt gegen den Protokollführer der Reichsbahndirektion Karlsruhe die nachweislich unwahre Angabe gemacht hatte, daß er mit der ihm unterstellten Eisenbahnassistentin Eich ein Verhältnis habe. Vor Gericht bestritt Fr. Mayer entschieden, diese Mitteilung gemacht zu haben. Ihr wurde darauf entgegengehalten, daß sie dem Reichsbahnrat Dr. Schell diese Mitteilung zu Protokoll gegeben und unterschrieben bekräftigt habe. Sie bemerkt, diese Angaben nicht gemacht zu haben und bejudigt den genannten Dr. Schell, daß er ihr diese Aussagen in den Mund gelegt und später zur Unterschriftleistung gezwungen habe. Am Tage nach ihrer Vernehmung sei sie nochmals aus eigenem Antriebe zu Dr. Schell gegangen und habe von ihm verlangt, die von ihr keineswegs gemachte oder auch nur beabsichtigte Aussage zu streichen. Dies wurde von ihm jedoch verweigert. Fürwahr ungeheuerliche Aussagen, wenn man berücksichtigt, daß es sich in der Person des Dr. Schell um einen juristisch gebildeten Akademiker handelt.

Und doch! Als Juge unter Eid vernommen, bestritt Dr. Schell die von Fr. Mayer gemachten Angaben und gibt auf Befragen des Richters zu, daß er im Protokoll Angaben des Fr. Mayer niedergelegt habe, laut welchen zwischen dem Herrn Engel und Fr. Eich ein Verhältnis bestanden habe. Er bestritt weiter, daß ihm in der Tat Fr. Mayer mitgeteilt hat, daß sie über ein bestehendes Verhältnis nichts wisse und demgemäß auch nichts sagen könne.

Nach dieser unerhörten Wendung blieb Herr Engel nichts übrig, als die Klage zurückzuziehen. Nunmehr wird sich wohl oder übel die Reichsbahndirektion Karlsruhe des Dr. Schell annehmen müssen, um die nachteilige Ehrenhaftigkeit des Herrn Engel wieder herzustellen.

Wenn außerdem berücksichtigt wird, daß auf Grund der sonderbaren Protokollführung des Dr. Schell gleichfalls noch von zwei weiteren achtbaren Beamten, dem Amtmann Winter und dem Betriebsassistenten Ronstein der Reichsbahndirektion Karlsruhe mitgeteilt wurde, daß sie die ihnen unterstellten Angaben zurückzunehmen müßten, da sie von Dr. Schell in gewissem Sinne des Protokolls erzwungen seien, so dürfte wirklich für die Reichsbahndirektion Karlsruhe Grund genug vorhanden sein, den Dr. Schell zur Verantwortung zu ziehen.

Die Protokolle des Dr. Schell im Mannheimer Personenbahnhof in der langen Zeit von sechs Wochen und im Umfange von 109 Seiten aufgenommen, gaben nämlich der Reichsbahndirektion Karlsruhe Veranlassung, einen Beamten mit dem A. Bau und weitere drei Beamte sowie eine Beamtin mit Vernehmung zu bestrafen.

Dieser merkwürdige Protokollmacher Dr. Schell ist unsern Lesern nicht ganz unbekannt. Wir erwähnten seinen Namen im Zusammenhang mit dem kürzlich stattgefundenen Prozeß der Bismarckjugend gegen Arbeiter von Graben; bei der Bismarckjugend der jungen Herren mit Arbeitern, die Bismarckjugend durch ihr provokatorisches Auftreten den Protest der Arbeiter hervor, es kam zu einer Schlägerei. Die Arbeiter wurden verurteilt. Die Führer dieses völkischen Einmarsches in Graben waren Dr. Schell und Eisenbahnpolizeiführer Teil von Graben. Dr. Schell ist Landesleiter der Bismarckjugend Badens. Nach arden Beispielen hielt sich Herr Dr. Schell und Herr Teil selbstverständlich bei den Zusammenkünften in Graben hinter der Front auf. Die Bismarckjugend hat sich die Aufgabe gestellt, die Tradition des alten Heeres aufrecht zu erhalten. Die jungen Bismarckjugend von 16-19 Jahren und die Eisenbahnmänner Teil und Dr. Schell, die die Front auch nur von Händchen kennen, scheinen uns die wirklich Berufenen, als Führer der Tradition des alten Heeres auszuweisen. Es ist wohl nur eine merkwürdige Fügung, daß die bestärkten Eisenbahnbeamten in Mannheim Republikaner sind, Herr Dr. Schell aber Monarchist! Wir sind gespannt, welche Konsequenzen die Reichsbahndirektion Karlsruhe gegenüber dem monarchistischen Bismarck Dr. Schell ziehen wird.

Badens Stellungnahme in der Donauversicherung

Im Haushaltsausfluß des Badischen Landtags gab Präsident Paul eine Darstellung über die Verhandlungen zwischen den Regierungen Württemberg und Baden in der Donauversicherungsfrage. Bekanntlich verfiel die Donau auf der Strecke von Immendingen bis unterhalb Fridingen an verchiedenen Stellen, und zwar bei Immendingen auf badischem und bei Fridingen auf württembergischen Gebiet. Das verunten Wasser kommt

dann, wie die verschiedenen Versuche mit Salz- und mit Farblösungen im Wasser ergeben haben, in der Lauchquelle wieder zum Vorschein. Schon vor dem Kriege bildeten diese Versicherungen den Gegenstand von Verhandlungen zwischen der badischen und württembergischen Regierung und im vergangenen Jahr sind die Verhandlungen auf den Wunsch Württembergs erneut wieder aufgenommen worden. Der Wunsch Württembergs, dem sich Freuden (für Hohenzollern) und Bayer (angeschlossen) haben, die Lage der Wasserkräfte an der Donau zu verbessern. Wie der badische Regierungsvertreter ausführte, würden die Interessen der Werkbesitzer der Donau an einer reicheren Wasserführung dieses Flusses gegen die Interessen der Lauchwerkbesitzer ausgespielt. Nun habe die württembergische Regierung, ohne sich mit der badischen irgendwie ins Benehmen zu setzen, anfangs November 1924 die Versicherungen bei Fridingen künstlich geschlossen, damit die Einsprüche gegen das Fridinger Wert gegenstandslos werden, da nunmehr nur mehr das Wert an dem Wasserentzug schuldig sei und gleichzeitig das alte Ziel, daß sämtliches Wasser der Donau erhalten bleibt, zu verwirklichen. Diese Maßnahme sei umso überzähliger, als die Frage der Donauversicherung bei Immendingen und Fridingen immer als ein einheitliches Ganzes behandelt wurde. Wenn Württemberg berechtigt sei, durch künstliche Maßnahmen der Lauch das ihr auf natürlichem Wege zustehende Wasser zu entziehen, dann sei Baden ebenfalls berechtigt, über das Wasser der Donau auf bädischem Gebiet ohne Rücksicht auf die Unterlieger nach Belieben zu verfügen. Ob angesichts dieser Haltung Württembergs weitere Verhandlungen wegen der Donauversicherungsfrage und anderer wasserwirtschaftlichen Interessen Württembergs noch einen Zweck hätten, müsse bemerkt werden; für Baden liege jedenfalls eine Notwendigkeit dazu nicht vor.

Rippoldsau und Anebis

Zwei Landgemeinden, die nicht, wie die zwei Königsfinder zusammenkommen wollen, aber nicht können, sondern die unter keinen Umständen zusammenkommen wollen; d. h. Rippoldsau will Anebis nicht haben, denn letzteres ist arm und Rippoldsau vermögend; es will also mit dem armen Lazarus vom Anebis nichts zu schaffen haben.

Der Landtag soll helfen! Sein Rechtspflegeausfluß beriet am Freitag morgen über eine Eingabe, worin sich die Gemeinde Rippoldsau beschwert, daß sie mit der Gemeinde Anebis vereinigt werden soll. Berichterstatter war Abg. Biegelmann (Oberkirch). Er beantragt empfehlende Ueberweisung an die Regierung, welchem Antrag leider mit 12 gegen 4 Stimmen entsprochen wurde.

Diese 4 Stimmen stammen von den Sozialdemokraten. Sie beklagten ganz allgemein, daß jedesmal, wenn es sich um die Vereinfachung der Staatsverwaltung und um die Zusammenlegung von kleinen Gemeinden handelt, die bürgerlichen Parteien von solchen Vereinfachungen nichts wissen wollen und den Einsprüchen der betreffenden Gemeinden die Berechtigung zusprechen. Im vorliegenden Falle habe der Staat stets Zuschüsse geben müssen, denn Anebis hat nur 177 000 M. Steuerkapital, Rippoldsau aber 11 250 000 M. Das sei der hässliche Egoismus von Gemeindefürsorge. Zudem könne Anebis in kultureller und sozialpolitischer Hinsicht nichts leisten. Es sei ein Vorteil, wenn es an Rippoldsau angegliedert werde. Auch das Selbstbestimmungsrecht der Gemeinden habe seine Grenzen. Die Sozialdemokratie wolle die Einsprüche nur als Material der Regierung überweisen lassen, drang aber leider nicht durch.

Die Regierung bezog der Vertreter des Ministeriums des Innern hat ebenfalls, den Antrag des Berichterstatters auf empfehlende Ueberweisung nicht anzunehmen. 1920 hätte sogar ein Beschluß der beiden Gemeinden auf Vereinigung vorzulegen. Aus dem Lastenvergleichsstand, also aus allgemeinen Mitteln hat Anebis im letzten Jahre 700 M. empfangen müssen, damit es nur den nötigen gemeinlichen Verpflichtungen nachkommen konnte; dies wurde andauernd. Infolgedessen sei der Gedanke der Vereinigung zweifellos berechtigt. Mit der Annahme des Antrages des Berichterstatters wäre er wieder gefährdet.

Es half aber alles nichts das Zentrum erklärte sich gegen die Vereinigung, ebenso die Deutschnationalen, und zum Schluß stimmten, wie schon bemerkt, sämtliche bürgerliche Parteien für den Antrag des Berichterstatters, der gleich eingangs seine Stellungnahme und seinen Antrag zugunsten Rippoldsau eingehend begründet hatte.

Rechtlich scheint es künftig mit allen Eingemeindungsversuchen und Zusammenlegung von besonderen Gemeinden zu gehen. Aber warum, so fragt man sich, hat man 1921 entsprechende Bestimmungen in die Gemeindeordnung aufgenommen? Und wie verhält sich eine solche hartnäckige Stellungnahme der bürgerlichen Parteien mit dem von dieser Seite laut ständig erhobenen Gesäße über die Notwendigkeit der Staatsvereinfachung?

Die Landesgebührenordnung für Rechtsanwälte

Der Rechtspflegeausfluß hat am vorigen Mittwoch diesen für den Laien komplizierten Entwurf des Justizministeriums zu Ende beraten. An der Debatte beteiligten sich degreistischerweise nur die Juristen der Kommission und die Vertreter der Justizverwaltung. Der Entwurf ist nunmehr in erster Lesung fertig gestellt; eine zweite wird folgen. In dieser werden wahrscheinlich noch verschiedene Änderungen vorgenommen. Jedenfalls kann der Entwurf im Laufe dieser Woche noch nicht im Plenum verabschiedet werden.

Grüningen. Reichsbanier Schwarz-Rot-Gold. Vergangenen Donnerstag veranstalteten die Ortsgruppen Grödingen und Durlach einen Vortragsabend mit dem Thema: „Die geschichtliche Entwicklung der Reichsversicherung“. Der hierzu gemonnene Referent Kam. Schäfer-Karlsruhe löste seine Aufgabe in außerordentlicher Weise. Er legte den Anwesenden in einem ausführlichen Bericht die geschichtliche Entwicklung der Sozialversicherung von Beginn bis zum heutigen Stand dar. Nach kurzer Diskussion, an der Kam. Landtagsabg. Kurz teilnahm, folgte der Vorsitzende den Vortragsabend mit dem Hinweis, daß der nächste Vortrag (Fortsetzung Materielles Recht) durch Neumann und Dr. Claus am Freitag, 17. Februar, in Durlach stattfinden werde. Hierzu werden sehr schon sämtliche Republikaner eingeladen.

Unterhaltung und Belehrung

Raspar Hauser

Nach gedruckten und schriftlichen Quellen dargestellt
Von Georg Gärtner
(Fortsetzung)

Der Rittmeister begab sich nun in den Stall, um sich den wilden Menschen anzusehen. Man fand ihn noch immer in tiefem Schlafe. Erst nach vielen Rütteln, Schütteln, Stoßen und in die Höhe reifen gelang es, ihn zu erwecken. Als er endlich auf den Füßen stand und die Bekleidung wiedergewonnen hatte, ging er lächelnd auf den Offizier zu, sah das glänzende Portepée, das dieser am Sattel trug, spielte damit und sagte:

„A höhener möcht i wer'n.“
Nun wollte der Rittmeister mit dem Fremden ein eingehendes Verhör anstellen, doch der antwortete immer nur auf alle Fragen mit den schon bekannten Redensarten vom Reiterwerden oder: „Woah nit,“ dazwischen auch: „Noch ham“ — „hinweisa, wo Brief hing hört“ und dergleichen, alles bunt durcheinander. Der Offizier kam nach langen erfolglosen Bemühungen zu der Ueberzeugung, daß er einen Menschen vor sich habe, der den Zustand gänzlicher Vernachlässigung oder einer Kindheit, die mit seiner Größe kontrastierte, verriet, und entzog sich allem weiteren kurzerhand dadurch, daß er den wunderlichen Fremden den in seiner Gesellschaft befindlichen Polizeifaktuar v. Scheurl überließ. Dieser veranlaßte seine Abführung auf die Polizeiwache, die sich damals im Erbprinzenhof des Fürstenhauses befand.

Dort wurde der junge Mann zunächst in der gleichen Weise wie irgend ein gewöhnlicher, auf der Straße aufgegriffener Landstreicher behandelt.

Es folgte das übliche Verhör nach dem vorgeschriebenen Schema:

„Wie heißt er?“
„Weiß' Standes und Gewerbes?“
„Warum ist er hier?“
„Wo ist sein Reisepaß?“
Seine Antworten lauteten stets, ohne Rücksicht darauf, ob sie zur Frage paßten oder nicht:

„A Ketta möcht i wer'n, wie mei Bots wehn is.“
„Soamweila.“
Mit diesen Redensarten verband er, wie sich später ergab, keinen besonderen Sinn; es waren nichts als papageienmäßig eingelesene Töne, die er als gemeinamte Ausdrücke für alle seine Vorstellungen, Empfindungen und Begehren gebrauchte.

Er verriet weder Furcht noch Verlegenheit, aber eine eigenartige, fast tierische Stumpfheit, wandte auf den Beinen, wimmerte und benahm sich wie ein Kind von zwei oder drei Jahren.

In der Wachstube waren die Meinungen über den Häftling geteilt: die einen hielten ihn für einen ganz verstorbenen Keel, der sich herausnahm, der hohen Polizei eine raffinierte Komödie vorzuspielen, die den andern wuchs das Interesse für ihn zulehends, sie wendeten ihm bald ihr Mitgefühl zu, sahen in ihm einen armen Menschen, der nicht recht im Kopfe sei, und suchten dem anscheinend Erschöpften, der immer wieder wimmernd auf seine wankenden Knie deutete, hilfsreich beizuspringen. Ein Polizeisoldat brachte ihm Fleisch und Bier, doch auch hier wendete er sich alsbald mit den Geberden des höchsten Gels davon ab. Dagegen genoß er Wasser und Brot mit größtem Behagen. Als ihm ein anderer eine Münze reichte, zeigte er sich kindisch erfreut, spielte damit und sagte: „mehrmals: „Koh! Koh!“, wobei er mit der Hand Bewegungen machte, die das Verlangen auszudrücken schienen, die Münze einem „Koh“ anzuhängen.

Zuletzt kam einer auf den Einfall, zu versuchen, ob der Fremde vielleicht schreiben könne. Schnell wurde Papier, Feder und Tinte gebracht. Der Fremde nahm, anscheinend erfreut, den Gänsekiel und schrieb mit ungelenten, aber festen und lehrlichen Zügen auf das Papier den Namen

Raspar Hauser.

Seine Hand zitterte beim Schreiben ein wenig. Mehr vermochte er nicht zu schreiben. Allem Andrängen lehnte er nur sein sinnloses „Reiter wer'n“ usw. entgegen.

Da nichts weiter mit ihm anzufangen war, brachte man ihn auf den Turm Luginsland, der damals als Haftort für Landstreicher und sonstige Verächter der Polizeigelege diente.

2. Geheimnis über Geheimnis.

Raspar Hauser war völlig unbemerkt nach Nürnberg gekommen. Die fleißigsten polizeilichen Nachforschungen konnten in der ganzen Stadt keinen einzigen Menschen ermitteln, der diese ihrer ganzen Erscheinung nach unheimlich auffallende Gestalt vor dem Augenblick, da sie urplötzlich auf dem Anischittplatz auftauchte, gesehen hatte. Der Fremde schien wie vom Himmel gefallen. Das Geheimnis, das ihn umgab, wurde immer unurchdringlicher.

In Luginsland hatte man ihn zu einem reisenden Handwerksburschen, einem Mehrgesellen aus Altbayern, geperrt, der sich mit dem Arrestkollegen nach Kundenart vertraut zu machen suchte, aber angesichts des seltsamen Gebarens seines Zellengenossen von seinen Bemühungen abließ. Er erklärte ihn für einen „Dahsen“, aus dem gar nichts herauszubringen sei. Hauser wurde nun von amtswegen in Bearbeitung genommen. Das erste Verhör nahm der Polizeivorstand, Bürgermeister Binder, persönlich mit ihm vor. Es dauerte nicht weniger als fünf Stunden, endigte aber mit einem völligen Mißerfolg. Die Bemühungen wurden fortgesetzt, es währte indessen ziemlich lange, bis man einigermaßen Anhaltspunkte gewonnen zu haben glaubte, aus denen sich notwendige Vermutungen über das frühere Leben des Ankömmlings und die Art, wie er nach Nürnberg gekommen, anstellen ließen.

Man ging nun zunächst zu einer eingehenden Untersuchung seiner äußeren Person über, um vielleicht dadurch auf einige Spuren zu gelangen. Als sehr merkwürdig erwies sich bei näherer Betrachtung seine Kleidung. Auf dem Leibe trug er ein grobes Hemd, wie dies in bäuerlichen Gegenden üblich war. Darüber eine stark zerwühlene, rotgeputzte Zeugweste und über dieser eine Jacke von grauem Tuch, anscheinend ebenfalls von bäuerlichem Schnitt, einen sogenannten Janter; aber als man das Stück näher untersuchte, stellte sich heraus, daß es ursprünglich ein herrschaftlicher Livreejacket gemein war, von dem man die Schöße abgeschnitten hatte. Der obere Teil war dann von einer des Schneiderns unzulänglichen Hand mit groben Stichen wieder zusammengefügt worden. Die Hose war ebenfalls grau, jedoch von etwas feinerem Tuch und zwischen den Beinen besonders beengt, ähnlich wie eine Reithose. Sie schien ursprünglich einem Bedienten, Reitknecht oder Förster angehört zu haben. Die zerrissenen halblangen Schafstiefel waren mit Nägeln und auf den hohen Absätzen mit Zuseisen beschlagen. Sie paßten dem Träger nicht. Der große, runde Hut war von häßlicher Form, mit gelber Seide gefüttert und mit rotem Leder belegt; im Innern sah man das halb ausgefräste Bild der Stadt Nürnberg.

Nicht weniger merkwürdig war der Inhalt von Raspar Hauers Taschen. Da wurden zutage gefördert: ein weißes, rotgeputztes, kleines Schnupftuch mit den Buchstaben R. H. in Rot gezeichnet, einige blauweiß gebülmte Lappen, ein Schlüssel, ein Papier mit etwas Goldsand, ein kleiner Rosenkranz aus Hornperlen und eine Anzahl frommer Druckschriften, einige mit dem Druckort Altdorf, Burgthausen, Salzburg, Prag, die andern ohne Angabe des Ortes. Die Titel lauteten: „Geistliche Schildwacht“ — „Geistliches Bergheimnisch“ — „Gebet zum heiligen Schutengel“ — „Gebet zum heiligen Blut“ usw. Eines war ganz besonders bezeichnend mit dem Titel ausgestattet: „Kunst, die verlorene Zeit und übel angebrachten Jahre zu erlösen“. Ein fürchterlicher, vielleicht beabsichtigter Hohn auf das Schicksal des Fremdlings, über das wir bald einiges erfahren werden.

(Fortsetzung folgt.)

Schlagwetter-Explosion im Kohlen-Bergbau

Von Hans Forstner

Die furchtbare Katastrophe auf Besse Minister Steig bei Dortmund, wo durch Schlagwetterexplosion über 130 Menschenleben auf einmal vernichtet wurden, hat wieder einmal auf den Blick des dem Bergbau fernstehenden nach dort gelenkt, und dieses Mitleid hat das menschlich fühlende Herz erfaßt. Aber neben dem Mitleid wird doch bei dem einen oder anderen der Wunsch rege, zu erfahren, unter welchen Voraussetzungen und Bedingungen solche Katastrophen zustande kommen. Als früherer Bergmann will ich versuchen, meinen Lesern wenigstens annähernd die Vorgänge zu erklären.

Die Steinbohle ist bekanntlich ein Zerfallsprodukt vorwiegend der Flammen. Wir wissen mit Bestimmtheit, daß die Gase der Steinbohlenformation einer reifen, in der Gesteinsvegetation angehörten, denn wir haben heute noch aus geologische Bestrebungen z. B. unserer heutigen Karstländer, die damals gewaltige Baumriesen darstellten. Solche versteinerte Baumriesen hat man in Sachsen bis zu einer Länge von 30 Metern und 2 Meter Durchmesser gefunden. Stellt man sich vor, daß was man sich vor zusammenbrach, neues Leben wieder empor wuchs, so müßte das allmählich eine gewaltige Schicht geben. Durch eigene Schwere mag diese Schicht in den Stumpf versinken, oder durch Eruption mag flutet worden sein. Dadurch von der atmosphärischen Luft abgeschlossen, wurden sie einer gewissen Verbrennung ausgesetzt, und so bildete sich die Steinbohle. Durch die gleichzeitige bereits abgeschlossene Ausdehnung konnten natürlich die sich durch die Verbrennung unter der Erde bildenden Gase nicht verflüchtigen, blieben vielmehr durch den von allen Seiten wirkenden ungedrückten „Druck“ zusammen gepreßt in der Bohle zurück. Wenn nun beim Vortrieb der Baue neue Höhle freigelegt werden, wird naturgemäß das im Steinbohlengebirge enthaltene Gas frei. (Hier muß ich einschieben, daß Schlagwetter keineswegs in allen Kohlenruben vorhanden sind. So gehören sie z. B. im oberbayerischen Kohlenrevier zu den Seltenheiten, in Westfalen und Saarbrücken jedoch sind sie leider häufig.) Das Grubenogas kann aber auch zuweilen als Mäher in großen Mengen den Klüften des Gesteines entströmen. Bei Gegenwart von entzündlichen Kohlenstaub sind schon Gemenge mit wenigen Prozenten Grubenogas explosibel, ja bei sehr geringen Kohlenstaub der Kohlenstaub allein zur Explosion Veranlassung geben. Bei Nichtvorhandensein von Kohlenstaub tritt Entzündlichkeit eines Schlagwettergemenges erst ein, wenn der verhältnismäßig hohe Gehalt von 8 Proz. Grubenogas erreicht wird.

Der Bergmann ist wohl einigermassen vor solchen Entzündungen durch die Volfsche Sicherheitsschleife geschützt. Diese Lampe, die der Bergmann nicht öffnen kann (sie kann nur durch einen Magnet in der Lampenbude zwecks der Reinigung und Nachfüllung geöffnet werden), zeigt die Schlagwetter an. Die Lampe selbst besteht aus dem mit Watte gefüllten Benzinhälter, darüber einen runden Glaszylinder, und dieser gekrönt mit einem aus feinem Drahtgeflecht hergestellten, oben gleichfalls geschlossenen Kamin. Sind nun Schlagwetter vorhanden, so vergrößert sich sofort der Lichtkegel, und die durch das Drahtgeflecht dringenden Grubenogas explodieren, was sich durch eigenartiges Knistern bemerkbar macht. Die Explosion der Luftpumpe wird durch die beschriebene Konstruktion der Sicherheitslampe zunächst verhindert. Bei einem solchen Vorgang nimmt der erfahrene Bergmann seine Lampe, hält sie möglichst am Boden, wo die Gase sich nicht so intensiv zeigen, und zieht sie mit aller Vorsicht aus dem Bereich des Gasdruckes zurück. Das ist aber der allmähliche Fall. Wer feiner kommt es oft anders, der weniger kundige, oder gar nervöse Bergmann verkennt diese Vorsichtsmaßregel sehr häufig. Durch den Umstand, daß das Innere der Lampe plötzl. voll Feuer ist und stark knistert, verliert er oft die Selbstbeherrschung und schleudert die Lampe von sich. Wenn dann dabei der Glaszylinder zerbricht oder der Drahtkamin beschädigt wird, können, oder können die Grubenogas zur Explosion kommen. (Es kann vorkommen, daß die Lampe beim Aufprall am Boden glühender Weise erlischt.) Aber auch andere Ursachen können zur Entzündung der Grubenogas führen. Es kann vorkommen, daß der Bergmann, der doch die Lampe dicht an die Arbeitsstelle herandringen muß um zu sehen, einen Fehlschlag

macht und die Lampe trifft. Oder die Lampe kann zu Boden fallen, was gleichbedeutend ist. Aber auch durch einen gelösten Sprengstoff können die Arbeiter entzündet werden.

Auch die entzündliche Wirkung wie auf Besse Minister Steig hat ihre Ursachen. Man darf nicht vergessen, daß die Anlage einer Grube besonders günstig für die beschriebene Wirkung einer solchen Explosion ist. Man stelle sich einmal die Wirklichkeit vor, die explosiblen Grubenogas könnte man zu einem Ballon formen, und diesen Ballon würde man auf freiem Boden zur Entzündung bringen. Die Wirkung wäre sicher gleich Null. In der Grube ist das anders. Die Explosion sucht naturgemäß einen Ausweg und diesen Ausweg findet sie wieder naturgemäß nur durch die Streden und Gänge der Grube, also durch verhältnismäßig enge Nischen. Man denke dabei an die Kanone, durch deren Rohr das Geschöß durch die Pulvergase so weit geschleudert wird.

Leider ist sehr oft durch die Explosion der Grubenogas die entzündliche Wirkung einer solchen Katastrophe noch nicht beendet. Denn, sehr häufig erfolgt noch eine zweite, ja sogar dritte Nachexplosion. Diese Nachexplosionen haben wohl ihren Grund darin, daß durch das Niederbrechen der Baue durch die erste Explosion wiederum Grubenogas frei werden, die sich an den Feuerbränden, die die erste Explosion entzündet hat, entzünden und explodieren. Aber wenn es sich nicht der Fall ist, d. h. wenn auch keine Nachexplosionen mehr erfolgen, so folgen der ersten Explosion die ebenso gefährlichen für die Arbeiter die ersten Nachexplosionen, die die erste Explosion allenfalls noch übrig ließ. Die atmosphärische Luft ist nämlich durch die Explosion vollständig verdrängt, und zurück bleiben die Giftgase, die ebenfalls dort noch hinfommen, wobei die Explosion nicht gekommen ist. Das können Seitenstößen, Querschläge, Ueberbauen usw. sein, die sich von der Strecke, durch die die Wetter rasen abzweigen.

Theater und Musik

Städtisches Konzerthaus

Gastspiel des russisch-deutschen Theaters „Der blaue Vogel“

„Es ist mir nun so süß nicht, wie zuvor,“ klagt bei Schafstapen der Herzog von Mirien, als er sich eine schöne Musik beschaffen zu lassen, daß sie nur ein blaßeres Abbild des Originals liefert. So ging es uns mit dem „Blauen Vogel“. Im Vorjahre waren diese Kompositionen aus Wien, München, Bewegung und der Weltbühne der Dekorationen für Karikaturen etwas ziemlich Neues. Anzweifeln haben wir hier in der Folge nicht, daß das „Kunststück“, dessen Darbietungen sich neben dieser zweiten Auflage des „Blauen Vogels“ wohl sehen lassen können, sie z. T. sogar geistlich übertrifft, wie in der Nationenzeitung Wajsa-Tanisa. Kurz, der „Blaue Vogel“ zeigte diesmal nicht so die fahmenden Feder, wie bei seinem ersten Erscheinen. Es fehlten vor allem die zahlreichen Höre, die damals das Entzücken der Zuhörer bildeten; als Ersatz ward ein Quartett gebildet. Auch choreographisch erlebten wir nichts Neues. In dem regiebildlich glänzend gestellten Bild „Katharina die Große“ war die Dampfbetrieblerin stimmlich ungewöhnlich. Von feinstem Reiz waren „Möhr, Dame und Amor“ und die Wiedererzählung „Am Monat Mai“. Szenisch und darstellerisch auf guter Höhe standen „Katharina“ und der „Leierkasten“, letzteres ein Clou, der schon das erste Mal freudlich Beifall auslöste. Ein mit blühender Technik und echt stimmungsvollem Ausdruck gehaltenes Violinolo von Fel. Schürer gehörte zu den Höhepunkten des Abends. Als Ansager fungierte Herr O. L. I. I. I., dessen Humor den seines Vorgängers Rufum nicht erreichte. Man kann nur den allgemeinen Eindruck wiederholen, daß dieses Gastspiel gegen das erste fast abfiel. Offenbar hat uns die Truppe nicht ihr erstes Bestes gegeben, sondern, auf seinen vorjährigen Erfolg spekulierend, uns mit zweiter Garnitur bedient. Was sich das Stadttheater für künftige Fälle merken wird.

Landestheater. Die lustige Faubergens des berühmten Wiener Volkskomikers A. Rehm. Reizend: „Der böse Geist Lumpenbogens“ oder das liebliche „Kleiderstück“ mit der Musik von H. Müller gelangt am Mittwoch, 18. und Samstag, 21. Februar, zur Wiederholung. — Am Freitag 20. Februar, geht Georg Küfers satirische Komödie „Polpotage“, zum achtzehntenmal in Szene. Am Sonntag, 22. Februar, wird im Konzerthaus der neueste Schwan der Autorenfirma Franz Arnold und Ernst Vast: „Der wahre Jakob“ zur heiligen Erstaufführung der fünfzehnten dieses Winters, kommen. — In den Stammerspielen des Künstlerhauses wird am Mittwoch, 18. Februar, Bernhard Schöns Schauspiel „Frau Warrens Gewerbe“ zum erstenmal wiederholt. Die Folge der Neuinszenierung klassischer Dramen erfährt mit Lessings Lustspiel „Mina von Barnhelm“ ihre Fortsetzung. Das Werk wird für Samstag, 28. Februar, vorbereitet.

Bücherschau

Sämtliche hier bezeichneten Bücher sind durch die Volksbuchhandlung, Adlerstraße 43, Karlsruhe, zu beziehen.

Jugendwohlfahrt — Fürsorgepflicht für Jugendliche — Jugendgerichtsbarkeit. Sammlung sämtlicher diesbezüglichen reichs- und bayerischen landesgesetzlichen Bestimmungen. Stand vom 1. Februar 1925. Herausgegeben von Dr. Franz Uhlirz, Freiburg, Karlsruhe, 1925. Bayerischer Kommunalverlag, G. m. b. H., Kreis W. 450. Die auf dem Gebiet der Jugendwohlfahrt, der öffentlichen Fürsorge für Jugendliche und der Jugendgerichtsbarkeit so überaus zahlreich erschienenen reichs- und landesgesetzlichen Gesetze, Verordnungen, Erlasse, Grundriss usw. erscheinen dringend eine Kodifizierung. Diese wird nun durch oben angezeigte Sammlung für Baden versucht. Die Sammlung enthält in ihrem ersten Teil sämtliche auf dem Gebiet der Jugendwohlfahrt erschienenen reichs- und landesgesetzlichen Bestimmungen. (Jugendwohlfahrtsgesetz usw.) nach dem Stand vom 1. Februar 1925. Im zweiten Teil die Bestimmungen über die öffentliche Fürsorge für Jugendliche (Fürsorgepflichtverordnung usw.) im dritten Teil die Bestimmungen über die Jugendgerichtsbarkeit (Jugendgerichtsgesetz usw.). Durch entsprechende Sachanordnung (Sprengel, Kopfschriften) durch Paragraphennummern, durch Fußnoten, die die literarischen Bestimmungen enthalten, auf die der Gesetzestext verweist und durch ein eingehendes und sorgfältig bearbeitetes Sachregister soll der praktische Gebrauch der Sammlung noch erleichtert werden. Für den in der öffentlichen oder privaten Jugendhilfe Tätigen ist die Sammlung notwendiges Handwerkszeug. Sie dürfte benutzbar in keiner Amtsstube der Gerichte, Bezirksämter, Jugend- und Fürsorgeämter, der Bürgermeistereien und der Staatsanwaltschaften fehlen. Für die in Jugendämtern, Präfekten, für Politiker oder sonst für die Jugendhilfe Interessierten, für Studenten und Schilerinnen sozialer Frauenvereine ist die Sammlung instruktives Lehrbuch.

Arbeiter-Jugend Arbeiter-Sport

Dom Frauenturnen

Gesundheitliche Winke für Turnerinnen

Das Turnen soll der Gesundheit, der körperlichen und geistigen Kräftigung dienen. Diesem Zwecke opfern wir alle Kleinigkeiten Rücksicht und Verbodlichkeiten. So bekämpfen wir bis aufs Messer die Vorlieben der Mode, das wahnwitzige Schüren des Körpers durch das Korsett, ebenso wie das Binden der Hände und Unterleider in den Hüften, was zu schweren Missbildungen der inneren Organe führt und dadurch zu einer unersetzbaren Quelle zahlloser Leiden wird. Dementsprechend ist lebenslangliches Stehtum die Folge. Unsere Frauenärzte können darüber ein herzerquickendes Lied singen.

Die Last der Röde ist möglichst zu vermindern. Sie müssen von der Schulter getragen werden und sind nicht durch Gürtel und Bänder, die um die Hüften gelegt werden, zu befestigen. „Das Umschnüren der Weichen durch Rockbänder wirkt ebenso schädlich, ja noch schädlicher, als ein Korsett auf die Baucheingeweide.“ (Dr. Weinert, Dresden.)

Wir bekämpfen auch den Modeschuh. Spitz, mit hohen Absätzen und völlig unnatürlicher Form, wird das Gehen darin zu einer Tortur. Der Gang verliert seine natürliche Leichtigkeit und Grazie. Er wird unsicher und unschön. Solche Schuhe verleiden dem weiblichen Geschlecht die natürliche Freude an ausgiebiger lebhafter Körperbewegung. Es sind unsere Feinde, darum fort damit. Auch die Strumpfbänder sind vom Uebel, da sie die rechte Ernährung der Füße durch den bedenkenden Blutstrom verhindern und dadurch eine frühzeitige Ermüdung bedingen. Auch führen sie oft eine Bildung von Krampfadern. Sie sind leicht durch Strumpfhalter zu ersetzen.

Wir werfen ferner trübseligen Besens die namentlich in bürgerlichen Kreisen geltenden Ansichten von Sitt- und Schicklichkeit ihrer Rückständigkeit halber vom alten Gerüst. Hören wir, was Dr. F. S. Simon in seinem nicht bringend genug zu empfehlenden Buche „Die Gesundheitspflege des Weibes“ (siehe in keiner Bücherei der Turnerinnen fehlen; zu beziehen durch den Arbeiter-Turner-Verlag AG) darüber sagt:

„Vom Tanzen abgesehen, gilt noch heute bei uns in vielen Kreisen jede lebhafteste Körperbewegung als unschädlich für das Weib. Mit dieser Auffassung muß allerdings gründlich gebrochen werden, wenn eine allgemeine Gesundung des weiblichen Geschlechts erreicht werden soll. Die Gebote des Anstandes haben überhaupt und noch in anderen Beziehungen verhängnisvolle Folgen für die Gesundheit des Weibes gehabt, und das kann durchaus nicht wundernehmen, wenn man bedenkt, daß dieselben fast ohne Rücksicht auf die einfachsten Grundgesetze einer rationellen Körperpflege entstanden sind und durchgeführt werden. Die Natur richtet sich nun einmal nicht nach den Regeln des „guten Tons“ — das müßte man nachher eingesehen haben —, und deshalb wäre es klüger und schonenfalls gesünder, wenn wir unsere Ansichten von dem, „was sich ziemt“, nach den Gesetzen der Natur richteten.“

So haben auch wir die Pflicht, unser Turnen in jeder Beziehung den Gesetzen der Natur unterzuordnen. Nach diesen Gesetzen haben wir auf die Kleidung einzuwirken. Dieselbe muß nach haben wir auch den Bewegungsstoff zu wählen. In letzterer Beziehung halten wir es mit der Ärztin Dr. Alice Prof. aus Charlottenburg, die in einem Artikel im 14. Jahrgang von „Körper und Geist“ (unser Mädchenheft) folgendes ausführt: „Rein Anatomisches zwingt uns zu der Annahme, daß die „Struktur des weiblichen Körpers“ oder die „besonderen Bedürfnisse des weiblichen Körpers“ andere Übungen zur Körperpflege erfordern als der männliche Körper. Es gibt kein wissenschaftliches Anatomiebuch, das in seinem ersten Teil die Struktur des weiblichen Körpers, sondern der weiblichen Körper bräute, sondern der weibliche Körper wird durch das Weib, und die geringen Abweichungen, wie sie das Geschlecht mit sich bringt, werden nur hier und da erwähnt. Rein Physiologisches lehrt uns, daß der weibliche Körper auf andere Weise ernährt und entwickelt werden müsse, andere Lebensbedingungen habe als der männliche. Der menschliche Organismus sieht im Vordergrund der wissenschaftlichen Betrachtung, die uns lehrt, die Gesetze für eine gesundheitsgemäße Lebensweise aufzustellen, und diese sind für Knaben und Mädchen, für Mann und Weib die gleichen.“

Nur eine Einschränkung müssen wir machen, die auch unabweisbar von der genannten Verfasserin einer freieren Auffassung des weiblichen Turnens geteilt wird. „Das Geschlecht des Weibes bedingt Ruhepausen, deren Nichtbeachtung schwere Erkrankungen der Unterleibsorgane nach sich ziehen kann.“

Sport und Spiel ist ohne ausgiebiges Springen und Laufen nicht denkbar. Nun besteht aber unter den Gegnern des Frauenturnens die Ansicht, Springen sei überhaupt schädlich für Frauen und Mädchen. Hören wir deshalb, was Prof. Dr. Zander in seinem Buche „Die Leibesübungen“ darüber sagt: „Das Springen, eine Übung für das praktische Leben so bedeutungsvolle Übung, eine Übung, die, wie keine andere, die Weiblichkeit kräftigt, wird bedauerlicherweise im Mädchenturnen in ganz unzureichender Weise geübt.“ Und weiter: „Wenn nämlich der Leib durch ein Korsett eingeschnürt ist, dann ist das Springen, wie jede andere Körperübung, die eine Anstrengung bedingt, schädlich. Wenn eine Kraftübung eine Anstrengung, das heißt Anhalten des Atems und Zusammen-

pressen der Brust und Bauchhöhle, erfordert, so werden, wenn die Ausdehnung des oberen Bauchabschnitts durch ein Korsett verhindert wird, die Baucheingeweide herabgedrückt, die Beckenorgane werden gegen den Beckenboden gedrückt, und ihre Befestigungen werden geserrt. Bei häufiger Wiederkehr dieses Vorgangs können die Beckenorgane — das ist nicht zu leugnen — geschädigt werden. Es ist aber hier nicht das Springen selbst, sondern die fehlerhafte Kleidung.“

Ferner müssen sich Diätarme Turnerinnen vor großen Schnelligkeitsübungen (Wettkampf und anstrengende Lauffspiele: Barlauf, Schlagball, Prellball usw.), vor erschöpfenden Dauerübungen (weit ausgedehnte Fernmärsche) und vor übertriebenen Kraftübungen hüten, da infolge Mangel an roten Blutkörperchen das Herz viel schneller ermüdet als bei Gesunden und eine Uebermüdung leicht Herzkrankheiten zur Folge hat. Ueberhaupt müssen sich Diätarme und Verschwächte wie auch alle anderen mit körperlichen Fehlern behafteten Mädchen und Frauen stets erst den Rat eines erfahrenen Arztes über den ihnen zuträglichen Umfang ihrer Turntätigkeit einholen. Wir können keine Verantwortung dafür übernehmen. Noch ein paar Bemerkungen über das Laufen. Herzkrankheiten müssen vorzichtig sein! Erst den Arzt befragen, ehe man in der Turnstunde beim Barlauf im rubigen Tempo einige Minuten mitmacht oder ob man Höchstleistungen erzielen will.

Turner, Sportler, Wanderer, beachtet die umstehenden Inzerate der Sportfirmen!

Jugendbewegung

Die Republik und die deutsche Jugend

Von S. Semlitz

Kein Zweifel: bei dem Ringen um die Staatsform — ob Monarchie oder Republik — wird die deutsche Jugend als ein entscheidender Faktor gewertet werden müssen. Das Kernproblem republikanischer Aufklärung lautet: wie reichen wir den überweltlichen Zielen der deutschen Jugend in der republikanischen Bewegung ein? Bis vor kurzem haben wir es fast so, als ob das junge Deutschland gar kein Verhältnis zu der innerpolitischen Gestaltung unseres Vaterlandes habe, oder aber geradezu als ferment der Reaktion zu betrachten sei.

Was für Aufgaben müssen nun für und durch die republikanische Jugend geleistet werden? Unsere Aufgabe ist es, die Bewegung nicht nur in die Breite zu treiben, sondern sie zu vertiefen. Die republikanische Jugend nicht nur mechanisch miteinander zu verbinden, sondern sie innerlich, seelisch zu organisieren. Nur dann schaffen wir die granitene Grundlage, auf der die Grundlage, auf der das stolze Gebäude der demokratischen und sozialen Republik allen Stürmen erfolgreich Widerstand zu leisten vermag.

Jugend! In Mühe und Not unter dem furthohen Druck der monarchistischen Staatsgewalt haben unsere Väter und Mütter für die heutige Staatsform, für die republikanische Idee gekämpft. Lernet nun diese Welt begreifen! Lernen müssen wir, lernen und immer wieder lernen. Hierin unterscheiden wir uns von der Bewegung der Kritiker, der antiken, der nationalpolitischen Jugend, die unter der „intellektuellen“ Führung von Leuten etwa von der Art jenes Oberleitnants Kriebel stehen, der bei der Vernehmung im Kaiserprozess auf die Frage des Staatsanwaltes, weshalb er die Weimarer Verfassung bekämpfe, die bezeichnende Antwort gab: „Ich selbst habe diese Verfassung nicht gemacht. Es genügt mir, wenn „national“ geklingelt, wie es klingen soll.“ Es genügt mir, wenn „national“ geklingelt, wie es klingen soll. Es genügt mir, wenn „national“ geklingelt, wie es klingen soll. Es genügt mir, wenn „national“ geklingelt, wie es klingen soll.

Wir werden um unsere Staatsform noch schwere Kämpfe zu bestehen haben. Das kann für uns nur ein Ansporn erhöhten Willens sein. Der Kampf findet seine Rechtfertigung in sich selbst. Eines ist notwendig. Wir müssen unsere Passivität ablegen. Dann wird der schwarz-weiß-rote Wahnsinn in sich selbst zusammenbrechen. Dann werden wir stark genug sein, uns das verlorene wiederzuerlangen, das Geschickliche zu vervollkommen. Dann haben wir die Macht, die Ketten und die geoffenen „Ludenborffer“ antreten zu lassen, die Dummsten in der ersten Reihe, und ihnen den Befehl zu geben: „Begehret!“ Erst dann ist die Bahn frei zu einem Wiederaufstieg und die Wiedergeburt wird im Zeichen des herrlichen Prologischen Glaubensbekenntnisses stehen:

Nichts kann uns rauben
Liebe und Glauben
Zu diesem Land!
Es zu erhalten und zu gestalten,
Sind wir gefandt!

Wagen wir sterben!
In unsern Erben
Gibt denn die Pflicht:
Es zu erhalten und zu gestalten!
Deutschland stirbt nicht!

Gründung einer Sozialistischen Arbeiterjugend in Offenburg

Die fortschreitende Gesundung der politischen Zustände der Arbeiterklasse zeigt sich allerorts. Was jahrelang trotz aller gutgemeinten Versuche und Bemühungen dieser Parteiengenossen nicht zu erreichen war, soll nun doch noch Wirklichkeit werden: die Bildung einer Offenburger Ortsgruppe der Sozialistischen Arbeiterjugend. Am vergangenen Sonntag nachmittag hatte sich im Saale der Brauerei Munding eine Anzahl älterer und jüngerer Parteigenossen und „genossenen“ versammelt, um mit den erschienenen Jugendlichen die Gründung der Ortsgruppe vorzunehmen. In ausführlichen und klaren Referaten sprachen die Genossen Landesjugendsekretär Dillmann u. Mannheim und Bezirksleiter G. Mann. Inzwischen über die Zwecke und Ziele der Arbeiterjugendbewegung. Zum Leiter der neuen Ortsgruppe wählten die anwesenden Jugendgenossen den Gen. Mann; seitens des Parteivertrages waren als Beisitzer Gen. Hoffmann und Genossin Engelhardt vorgeschlagen, die auch einstimmig bestätigt wurden. Mit besonderer Freude und Bewunderung folgten alle Erschienenen den Darbietungen der als Gäste erschienenen Offenburger Arbeiterjugend: Musikstücke, mehrstimmigelieder und Volkslieder, von denen einzelne geradezu fesslich waren. Möge die Offenburger Jugend sich an ihren Genossenbänden ein Vorbild in allen Dingen nehmen, nicht zuletzt auch an der bei diesen ersichtlichen stetigen Einigkeit! Jugendgenosse Mann dankte zum Schluss der kleinen Fete alles denen, die sich um das Zustandekommen der Arbeiterjugend hier bemüht hatten, nicht zuletzt auch unsern alten Parteiveteran Stadtrat Monich, der trotz seines Alters gerade den Bestrebungen der Jugend stets warmstes Interesse entgegenbringt. Allen Parteigenossen aber muß es Pflicht sein, ihre Kinder nunmehr auch der Arbeiterjugend auszuführen, damit bei der im März hier stattfindenden Jugendkonferenz Offenburg mit einer ansehnlichen Stammzahl antraten kann. Denjenigen Parteigenossen, die sich bei der Einladung zur geistigen Gründung ergaunten glaubten, diene zur Kenntnis, daß die Einladung in der Freitagnummer des Volksfreund enthalten war, der durch ein Versehen erst Sonntagmorgen den Bestehern zugeht wurde.

Veranstaltungen der Arbeiterjugend

Gruppe Ost. Donnerstag, 19. Febr., Vortrag des Genossen Jung um 7 1/2 Uhr in der Hebeschule. Montag Sing- und Tanzabend um 7 1/2 Uhr in der Hebeschule. (Liederbücher und Turnschuhe mitbringen.)

Gruppe West. Heute Dienstag Gruppenfunktionierung um 7 1/2 Uhr bei Jugendgen. Willi Kern, Kaiserstraße 67. Besprechung zwecks Elternabend. Donnerstag Probe für den Sprechchor. Daran anschließend Spielabend um 7 1/2 Uhr in der Gutenbergerschule. Sonntag Besichtigung der Druckerei Braun u. Co., Zepplinstr. 1, unter Führung des Genossen Wilmmer. (Näheres am Donnerstag). Montag Sing- und Tanzabend um 7 1/2 Uhr in der Hebeschule.

Gruppe Süd. Donnerstag Heimabend um 7 1/2 Uhr in unserem Neut Jugendheim. Sonntag Wanderung nach Bretten. (Näheres am Donnerstag). Montag Sing- und Tanzabend um 7 1/2 Uhr in der Hebeschule. Treffpunkt 7 1/2 Uhr am Jugendheim.

Gruppe Ruppurr. Donnerstag Vortrag um 7 1/2 Uhr im neuen Schulhaus, Ruppurrstr. Montag, 21. Febr., Unterhaltungsabend um 7 1/2 Uhr im neuen Schulhaus. Morgen Mittwoch um 7 1/2 Uhr Musikstunde im Hofhaus zum „Girch“ in Klein-Ruppurr. Vollständiges Erscheinen dringend erforderlich.

Gruppe Langen. Freitag, 20. Febr., Funktionierung um 7 Uhr im Jugendheim. Sonntag Besichtigung der Altertumsstube. (Näheres folgt.) Montag Vortrag.

Groß-Karlsruhe. Heute abend 8 Uhr findet im großen Saal des Jugendheims (alte Ruppurr- und Baumeisterstraße) ein Heimabend, veranstaltet von der freiwilligen und monatlichen Jugend, statt. Eintritt für Mitglieder der Jugendverbände 50 Pf. für Freunde 1 M. Der gesamte Ertrag des Abends wird der Arbeitsgemeinschaft Karlsruher Jugendverbände zugunsten des Jugendheims zur Verfügung gestellt.

L. T. Gruppenleiter von Groß-Karlsruhe! Die Februarhefte sind eingetroffen. Restliche Januarbeiträge sind baldigt abzurechnen.

Durlach. Dienstag, 17. Febr., halb 8 Uhr: Arbeitsgemeinschaft. Mittwoch, 18. Febr., 8 Uhr: Besprechungen. Donnerstag, 19. Febr., 7 Uhr: Vortrag des Gen. Hauptleiter Köpfer über das „Naturalienkabinett“. Samstag, 21. Febr., 7 Uhr: Gesang. Sonntag, 22. Febr.: Besichtigung des Naturalienkabinetts. Näheres Donnerstag.

Turnen und Sport

Der Arbeitersport am Sonntag

1. Serienpieltag der Gruppe Karlsruhe (Turner)

Am vergangenen Sonntag trafen sich die einzelnen Mannschaften auf dem Rintheimer Sportplatz zwecks Austragung der diesjährigen Serienpiele. Die Spiele begannen um halb 9 Uhr und wickelten sich rasch hintereinander ab, wobei der Spieltag um 1/2 Uhr sein Ende erreicht. Es wurden folgende Resultate erzielt:

K.T.K. Süd I — Turnerbund Rintheim I 4:3. Wie zu erwarten war, nahm das Spiel von vornherein einen sehr scharfen Charakter an, da beide Mannschaften gleichstarke Gegner sind. Rintheim siegte jedoch das Spiel durch sein maßvolles Benehmen auf den Höhepunkt der Zulässigkeit. Der Schlusspfiff des Schiedsrichters machte dem Ringen ein Ende.

Kinderzeitung „Der kleine Coco“ gratis

1/2 lb nur 50 Pf

Kinderzeitung „Der kleine Coco“ gratis

Rahma Margarine buttergleich

und Süd konnte als Sieger das Spielfeld verlassen. Etwas mehr Ruhe und Disziplin würde Rintheim nichts schaden.
T.T.A. Mühlburg I - T.T. Sasfeld I 4:2. Beide Mannschaften gut, der Schiedsrichter dürfte mit seinen Entscheidungen etwas rascher sein.
Turnerbund Rintheim I - Fr. I. Kuppert I 3:4. Kuppert als hingehaltener Mann in der Serie jedoch noch etwas zurück, kann jedoch durch eifriges Training behoben werden.
T.T.A. Süd I - Fr. I. Sasfeld I 2:2. Das Spiel war am Anfang gemäßigter, nahm aber nach kurzer Zeit einen sehr scharfen Charakter an, was schließlich auf den Schiedsrichter zurückzuführen ist. Sasfeld wäre etwas mehr Ruhe und faires Spiel zu erwischen.
Fr. I. A. Mühlburg II - Turnerbund Rintheim II 4:4.
Fr. I. A. Süd II - Turnerbund Rintheim II 6:2; Fr. I. A. Süd III - Turnerbund Rintheim III 5:3.
Fr. I. A. Mühlburg I - Fr. I. Kuppert I konnte Mühlburg für sich entscheiden.

Fußball

Grümmwinkel - Durlach 3:3 (1:3), 2. Mannschaft 7:1 für Grümmwinkel. Jugend 11:0 für Grümmwinkel. Am Sonntag wurde obiges Freundschaftsspiel in Grümmwinkel ausgetragen. Das Spiel wurde scharf durchgeführt und zeigte manchen schönen Moment. Grümmwinkel hatte Anfang und spielte zunächst gegen den Wind. Das Spiel bogte auf und ab. Bei Durlach fiel sofort die geschlossene Spielweise auf, hingegen Grümmwinkel durch bedingte Umstellung nicht mehr zu erkennen war. Er erzielte in der 10. Minute das Führungstor, dem Durlach bald den Ausgleich entgegensetzte. Durlach erzielte bis Halbzeit noch zwei Tore. Nach der Pause strengte sich Grümmwinkel mächtig an und konnte vom Anspiel weg das 2. Tor erzielen. Kurz vor Schluss gelang noch der Ausgleich. Beide Mannschaften waren sehr aufgeregt und sie dürften mehr Disziplin an den Tag legen.
Grümmwinkel I - Worbberg I 4:3 (2:0). Zweite Mannschaft 2:0. Jugend 0:1. Am letzten Sonntag war Worbberg als Gast in Grümmwinkel. Zuerst betrat die Jugend das Spielfeld, um sich zu messen. Worbberg hatte mehr Glück und konnte den Sieg heimnehmen. Danach betrat die 2. Mannschaft das Spielfeld, es zeigte ein flottes Spiel ein. Beide Mannschaften gaben ihr Möglichstes her, Grümmwinkel blieb mit 2:0 Sieger. Nun folgten die ersten Mannschaften. Um 1/3 Uhr gab der Schiedsrichter den Ball frei. Es zeigte ein schönes und fairer Kampf ein, der die Zuschauer voll befriedigte. Grümmwinkel spielte zuerst etwas überlegen und erzielte durch Brachschick in der 10. Minute das erste Tor. Worbberg mehrte sich mächtig, konnte aber nicht verhindern, daß Grümmwinkel zum zweiten Mal einfiel. Nunmehr kam Worbberg mehr auf und spielte schöne Momente vor dem Grümmwinkler Tor heraus, ohne zu einem Erfolg zu kommen. Halbzeit. Grümmwinkel erzielte bald das

3. Tor. Am anstürmte Worbberg mit starken Gegenangriffen, die innerhalb vier Minuten zu 3 Toren führten. Grümmwinkel setzte zum Endspurt ein und stellte das Resultat auf 4:2. Bald darauf erlöste der Schiedsrichter ein schönes Spiel hat sein Ende gefunden, würdig der Arbeitsergebnisse.
Union I - Forstheim I 1:0 (1:0). Eden 12:4 (6:3) für Forstheim. Beide Mannschaften lieferten sich ein in forschendem Tempo durchgeführtes spannendes Treffen. Die Gäste zeigten verhältnismäßiges Zusammen- und Stellungsspiel. Union war gezwungen, mit einigen Eckstrichen anzugreifen, wobei nur der Torwart resillos befristet konnte. In den ersten 20 Minuten fiel das einzige Tor des Tages und zwar durch 11 Mr., den Forstheim durch regelwidriges Angehen des durchführenden Union-Mittelfelders verfuhrte. Weiderseits eingeleitete Angriffe scheiterten an der scharfen Abwehr der gegnerischen Mittelfeldspieler und kam bis zum Schlußpfiff keine Partie noch einen Erfolg erzielen. Ein Unentschieden wäre dem Spielverlauf gerechter gewesen. Spiel verlief fair und ruhig. - Union II - Forstheim II 3:0. - Union-Jugend - Blankenloch Jugend 4:0.
Turnerbund Aus I - Neulohheim I 4:2. Turnerbund Aus II - Neulohheim II 5:1. In Beginn glaubte man, Neulohheim will die Niederlage, das es auf dem eigenen Platz von Aus einstecken mußte, gut machen. Ein gutgeleiteter Eckball ging durch Kopfstoß in den Netzen. Scharfe Fortschritte beiderseits ein zweiter Eckball von Neulohheim gut platziert gab der 2. Treffer. Mit unerkennbarer Energie und der gewohnten Kombination führten Aus zum 2. und 3. Tor. Weiser drängt Aus, doch unglückliche Fortschritte fanden im Felde. Der Mittelfeldspieler schloß jedesmal erst auf den Mann, letzterer war auch der Glückliche auf dem Riese. Neulohheim glaubte immer noch an Vorteile und machte der Verteidigung von Aus schwere Arbeit. Das meiste rettete der Torwart, der manches schon ausgeprobierte Tor noch in den Händen hielt. Noch einmal stürmte Aus das 4. Tor. Schiedsrichter lorch. S. G.

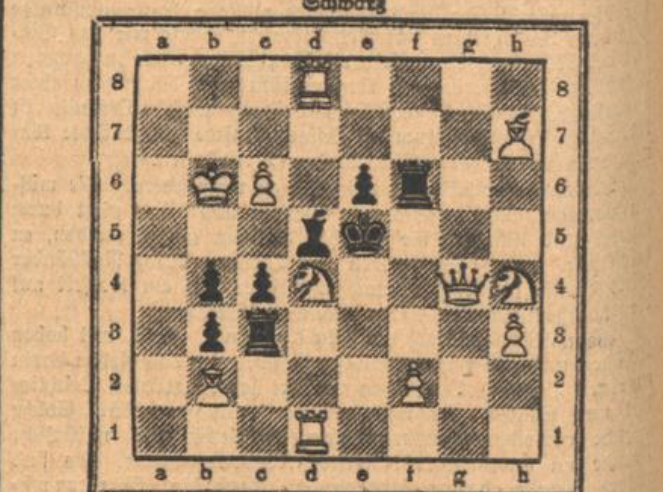
Naturfreunde

Zur Pfalzplanung der Naturfreunde Karlsruhe am Sonntag, 22. Febr., nach Dahn, Jungfernsprung, Dahn, Schöffer, Bergabern. Abf. 5 Uhr (mitteleuropäische Zeit) nach Dahn.
 Mit Recht nennt man das Gebiet um Dahn „Die Dahn“ oder „Schneis“. Schaff und wild schauern verschiedene Felspartien ins Land hinaus, gleichsam als wollten sie die Güter der alten historischen Stadt Dahn sein. Unter den Felspartien ist die bedeutende, der romantisch anmutige Jungfernsprung. Von verschiedenen Höhenrücken wurden die Ruinen der alten sagenumwobenen Dahn Schöffer herüber. Reich ist ihre Geschichte und stolz zeigen die noch vorhandenen Überreste gen Himmel. Von hier aus werden uns dann die herrlichen Waldungen des Pfälzer Waldes begleiten bis zum traumhaften Bergabern. Bei

also wieder ein schönes Stückchen Erde unserer Heimat, lernen lernen will, ist uns herzlich willkommen. Zum Besuche ist ein Personalausweis oder ein Paß unbedingt erforderlich. Wer noch keinen Ausweis besitzt, kann sich auf dem Bahnhofsamt (Westseite, Eingang Bahnhof) einen besorgen. Das Amt stellen gefälligst unentgeltlich.
 Um aber das Festhalten der Pfalz reibungslos zu gestalten, bitten wir alle Teilnehmer, zeitliche Gegenstände, wie Lounn, Brausepulver usw. nicht zu tragen. Für Fastnachtsamstag abf. „Auf in die Pfalz!“ S. S.

Schach - Ecke

Problem Nr. 8.
 G. D. Morin (Jahre. Arbeiterzeitung 1923, I. Preis.)
 Matt in 3 Zügen.
 Schöner



Setz
 Weiß 11 Steine: K b6, D g4, T d1, d8, L b2 u. b7, S d4 u. h4, B c6, 12 u. h3.
 Schwarz 8 Steine: K e5, T c3 u. f6, L d5, B b8, b4, c4, e6.
 Lösung zu Nr. 7:
 1. L d6 - K d7. 2. D e7 matt +. 3. D e7 matt. 1... K f7. 2. K d8. 3. D e7 matt.

Woburn Tabletten
 bei Husten, Heiserkeit, Katarrh

Bezugsquellen für Natur- u. Sportfreunde

Sport-Artikel jeder Art, gut und billig
Sporthaus Brannath Karlsruhe / Durl. Tor

St. Martinus-Bier Spezialbier des „Hirschenbräu“

Chabeso alkoholfrei, milchsäurehaltig, belibtestes Haus- und Tischgetränk aus reinem Zucker hergestellt
G. KRANICH Marktplatz 48

Solide Sportstiefel Qualität-Schuhwerk zu vorzählhaften Preisen im
Schuhhaus Simon Kaiserstraße 201

MöBEL in bekannter großer Auswahl i. Möbelhaus
Maier Weinhelmer Karlsruhe, Kronenstr. 30 Zahlungsvereinfachung

Chem. Waschanstalt Färberei
KARL TIMEUS Marktplatz Nr. 21 Kaiserstr. Nr. 66

Murgtalbräu Qualitäts-Bier!

Mechanische Werkstätte Reparaturwerkstätte für alle Arten von Maschinen, Motor- und Landmaschinen.
Eugen Steiner Ringstr. 22

Feldschützen Alle Kegel- u. Sportfreunde treffen sich im
bei Ludwig Vogel Metzger u. Wirt, Karlsruhe 71

Durch eigene Fabrikation bin ich in der Lage, Berufskleider und Herren-Konfektionen aller Art zu sehr günstigen Preisen zu liefern
Bekleidungs-Industrie Tel. 515 Durmch Hauptstr. 35

V. HEUPEL Stock- und Schirmfabrik G. m. b. H. Herrenstraße 46 Verk.-Pl.: Kaiserstr. 201

Herren- und Damenwäsche
Herrn. Guggenheim Marktplatzstr. 25

SPORTARTIKEL aller Art
Sport-Beier Kaiserstr. 174

Touristen bevorzugen
HENSEL'S Dauerwurstwaren sowie Würstchen u. Schinken in Dosen

Marellis-Zigaretten enttäuschen nie!

CALMON REIFEN Großvater, Vater und Sohn tragen nur „Hirschen Konfekten“

Confektionshaus Hirschen Ecke Kronenstr. 93

Ernst Marx Karlsruhe, Luisenstraße 56 Fernruf 5086 Spezialhaus f. Herde, Oefen, Gasherde, Küchen- u. Hotel-Einrichtungen

S. RUBEN Webwaren - Grosshandlung KARLSRUHE i. B.

SPORT-BEKLEIDUNG fertig und nach Maß, kauf man am vorzählbarsten im Sporthaus für Herren- und Knaben-Bekleidung
Mees & Löwe Karlsruhe (Baden) Kaiserstraße Nr. 46

Kinderwagen nur bei
Riffel Am Ludwigplatz Karlsruhe

Göricke-Fahrräder und Motorräder bestes Qualitätsrad bei günstiger Zahlungsweise
O. Fischer & Co. Karlsruhe i. B. Akademiestr. Nr. 32

Schuhhaus Ammann Lammstraße 12 Größte Auswahl in Sport-Stiefel Als aktiver Sportfreund gewähre ich Sonderpreise

P. BACH KARLSRUHE i. B. WERBEVERLAG FÜR REKLAMÉ ALLER ART

Karlsruher Chronik

17. Februar, 17. Februar

Geschichtskalender

17. Febr. 1827 Der Pädagog Joh. Heinrich Pestalozzi in Brugg (Schweiz). — 1856 Der Dichter Heinrich Heine in Paris. — 1924 Volksabstimmung in der Schweiz für den Achtstundentag.

Parteinachrichten des Soz. Vereins Karlsruhe

Bezirk Weinstadt. Mittwoch, 18. Febr., abends 8 Uhr, findet im Lokal „Unter den Linden“, Ecke Kaiserallee und Poststraße eine Bezirksversammlung statt. Genosse Regierungsrat Dr. Schumann wird einen Vortrag halten über das Thema „Neue Menschen“. Es wird erwartet, daß die Parteigenossen und Genossinnen recht zahlreich erscheinen.

Erneute Silberausprägungen

Da sich ein weiterer starker Bedarf an Silbergeld im Bezirk geltend macht und die Reichsbank über genügend Prägematerial durch größere Silbereinkäufe verfügt, so wird beabsichtigt, den Satz von 5 M pro Kopf der Bevölkerung auf 10 M zu erhöhen. Zunächst sollen 2 Markstücke zur Ausprägung gelangen, und diese werden, wie der Vorschlag lautet, den Reichsbank auf der einen und auf der anderen Seite die Jahreszahl tragen. Die Münze ein-einer Bundesstaaten, auch die Bundeswappen herauszuheben, haben wenig Aussicht auf Annahme, da besonders im Ausland betreffs der einheitlichen deutschen Währung Bedenken erhoben werden könnten.

Eine Ausprägung von Goldmünzen ist, wie bei dieser Gelegenheit bemerkt sei, im März vorerst nicht beabsichtigt. Die neuen Goldmünzen über 20 und 10 RM. sollen in ihrem inneren Werte, im Gewicht und im Verhältnis zum Silber, genau den alten entsprechen es besteht also nicht das geringste Bedenken, die letzteren in den Verkehr zu geben. Jedenfalls kann nicht die Rede davon sein, daß die alten Münzen „wollwichtiger“, also wertvoller sind als die später auszugebenden neuen.

Volksstrauertag am 1. März

Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V., Landesverband Baden, hat für die Vorbereitung des Sonntag, den 1. März 1925, zum Gedächtnis an die Kriegssopfer in der badischen Landeshauptstadt durchzuführenden Volksstrauertages einen Arbeitsausschuß eingesetzt, der dieser Tage eine Sitzung hielt und folgendes beschloß: Der Trauertag soll am Sonntag, Samstag, den 28. Februar, um 7 Uhr durch ein weltweites Läuten aller Kirchenglocken der Stadt eingeleitet werden. Am Sonntag sollen die öffentlichen und, soweit als möglich, auch die privaten Gebäude halbstündlich klagen. Die Sonntagvormittags-Gottesdienste in allen Kirchen werden Samstags abends um 8 Uhr in den Kirchen der Stadt eingeleitet werden. Am Sonntag sollen die öffentlichen und, soweit als möglich, auch die privaten Gebäude halbstündlich klagen. Die Sonntagvormittags-Gottesdienste in allen Kirchen werden Samstags abends um 8 Uhr in den Kirchen der Stadt eingeleitet werden. Am Sonntag sollen die öffentlichen und, soweit als möglich, auch die privaten Gebäude halbstündlich klagen. Die Sonntagvormittags-Gottesdienste in allen Kirchen werden Samstags abends um 8 Uhr in den Kirchen der Stadt eingeleitet werden.

zietvorübergehende Kamerad Schilling, eröffnete die Versammlung und ließ die zahlreich erschienenen Hinterbliebenen und Beschädigten herzlich willkommen heißen. Nach einigen einleitenden Worten, in denen er auf die Wichtigkeit der Kameradenarbeit in der Organisation hinwies, ergriß Frau Dögel-Goblenz das Wort zu einem 1½stündigen Vortrag. Frau Dögel führte dabei ungefähre folgendes aus:

Je weiter wir uns vom Krieg entfernen, desto mehr müssen die Kriegssopfer darum kämpfen, daß ihre Versorgung und die Fürsorge sichergestellt wird. Die Allgemeinheit übersehen heute die Not der Hinterbliebenen und Beschädigten. Vielfach bespöttelt man auch bei Bekannten ihrer Männer. Es sei bedauerlich, daß die Öffentlichkeit nicht wisse, mit welcher Not die Hinterbliebenen zu kämpfen hätten. Heute steht als einziger Helfer für die Hinterbliebenen der Hinterbliebenen nur der Reichsbund zur Verfügung. In ihm festzuhalten, ist daher ein Stück Selbst-erhaltung.

Die Rednerin schildert, daß die Hinterbliebenen, wenn sie vom Tagewerk nach Hause kommen, zunächst für Essen und für die Kinder sorgen müssen, dann aber auch in vollen Maße sich ihrer Hausarbeit widmen sollen. Daneben wird eine Rente gezahlt, die für alle diese jeilichen und körperlichen Aufgaben teilweise Gegenleistung darstellt. Der Verlust des Mannes und des Vaters sei mit Worten überhaupt nicht wieder gutzumachen. Wenn die Kriegssopfer heute der öffentlichen Meinung und der Volksvertretung ausgeliefert sind, tragen sie selbst Schuld daran. Die Frauen lesen zwar in den Zeitungen Momente und Sensationsartikel, wirtschaftliche und politische Fragen lassen sie aber völlig außer acht. Daher ist die Aufgabe, die die Kriegssopfer-Organisation zu leisten hat, zum großen Teil auch eine Erziehungs- und Aufklärung. Durch die Uninteressiertheit namentlich auch der Hinterbliebenen, sind viele grundlegende Forderungen nicht erfüllt worden. Eine alte Forderung der Organisation ist die Schaffung eines Rechtsanspruches auf Selbstbehaltung. Die Selbstbehaltung für Witwen und Waisen ist daher der Fürsorge überlassen. Es gibt sogar Fälle, wo trante Hinterbliebene ein-fach dem Armenamt übergeben wurden. Die Rednerin fragte mit Recht, ob die gefallenen Männer hierzu ihre Zustimmung gegeben hätten. Die Rednerin erinnert an die Größtaten der Frau während des Krieges, dort hat die Frau und namentlich die Mutter, deren Mann im Felde geschanden hat, doch stän-dig alle Kosten bestreiten müssen. Es sei deswegen auch heilige Pflicht des Staates, für die körperlichen Schäden, namentlich der Hinterbliebenen, Selbstbehaltung zu gewähren. Es sei auch des-wegen notwendig, damit nicht die Kinder, die die Zukunft des Staates darstellen, von der Tuberkulose erfaßt werden.

Für die Offiziere habe das Reich ohne Gesetzesänderung im Verordnungswege in der Weise gesorgt, daß eine Aufbesserung bis zur Höhe der Friedensrente erfolgen könnte. Der Reichs-bund wendet sich auch insbesondere gegen die Ausgleichsfrage, da die verschiedenartige Grundrente gegen die Verteilung von prozentualen Zulagen ungerecht aussieht. Ein trautes Be-spiel sei insbesondere die Eisenrente. Wenn ein Eiserne 80 M pro Monat verdienen, können sie Eisenrente nicht beziehen. Die gegenwärtige Form der Zusatzrente zeigt ungeheure Härten und veranlaßt eine unerbittliche Schmelze der Fürsorge. Die einzige Hilfe der Witwe sei in diesem Punkte die Organi-sation, die die Aufgabe hat, die Öffentlichkeit von diesen Miß-ständen zu unterrichten. Die Kriegswitwen sollen eine gute Ausbildung erhalten und nicht durch die Not gezwungen sein, als ungelernete Fabrikarbeiter tätig zu sein. Rednerin wendet sich mit ganzer Schärfe gegen einzelne Erscheinungen in der Fürsorge. Das bishigen Einfluß, das die Kriegssopfer in der Fürsorge noch haben, muß unter allen Umständen noch gehalten und ausgebaut werden.

In begeisterten Worten ruft die Rednerin die Hinterbliebenen auf, sich in den Reihen der Organisation als Kämpfer zu betätigen, nach dem Grundsatz des Reichsbundes, der „nicht Dant, sondern Recht“ will.

In Anbetracht an die Ausführungen der Referentin wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die am 12. Februar im Gartenhof des „Friedrichshof“ in Karlsruhe verzeichneten Kriegssopfer des Bezirks Karlsruhe geben ihrer Enttäuschung Ausdruck darüber, daß einzelne Abgeordnete des Bad. Landtages eine weitere Verschlechterung der Kriegssopferfürsorge dadurch herbeiführen wollen, daß sie die Bezirksfürsorgestellen aufheben und die gesamte Fürsorge den Kreisen übertragen wollen. Die Kriegssopfer protestieren gegen derartige Absichten insbesondere deswegen, weil weder Zweck-mäßigkeitsgründe noch Sparmaßnahmeforderungen diesen Schritt rechtfertigen könnten. Die Einrichtung der Bezirksfürsorgestellen hat sich in der bisherigen Form durchaus bewährt und als zweckmäßig erwiesen. Die Übertragung der Fürsorge an die Kreise würde eine weitere Schematisierung und damit eine An-näherung an die Armenfürsorge bedeuten, ebenfalls ist es als ein Rückschritt der Sozialpolitik zu bezeichnen. Die Kriegssopfer vermahnen sich im Namen der Moral gegen eine derartige rüd-sichtlose Vereinfachung ihrer Interessen und erwarten von der Regierung sowie von allen verantwortlichen Behörden Ab-ordnung des badischen Landtags Maßnahmen auf diesejenige, die mit Geduld und Leben für die Erhaltung des Staates ein-getreten sind. Die Versammlung appelliert an das Gewissen der Öffentlichkeit, die es nicht zulassen darf, daß der beste Teil des Volkes, der Gerechtigkeit und Gerechtigkeit für die Gesamtheit ge-opfert hat, nach den Grundätzen der Armenpflege behandelt wird.

Todesfall. Wiederum hat der Sozialdemokratische Verein den Verlust eines Mitgliedes zu beklagen und zwar den Ge-nossen Schriftföhrer Nikolaus Sigg, der nach kurzer schwerer Krankheit verschieden ist. Genosse Sigg hand im besten Mannes-alter, denn er war erst 40 Jahre alt. Neber zwei Jahrzehnte gehörte er seiner Berufsorganisation, dem Verband der Deut-schen Buchdrucker, an und bei der Sozialdemokratischen Partei war er ebenfalls lange Zeit Mitglied und nahm am Parteileben regen Anteil. Seine Heile er sich zur Verfügung, wenn es geht, Parteiarbeit zu leisten, also für seine Mitmenschen zu kämpfen. Nun hat auch dieses Kämpferherz zu schweigen aufgehört. Wir werden unseren treuen Freunde stets in Ehren gedenken und bitten unsere Genossen, sich gabelich an der am Mittwoch mor-gen 11 Uhr stattfindenden Beerdigung zu beteiligen.

Jubiläumfeier. Die Brauerei Döpfner veranstaltete am letzten Samstag zu Ehren von Ansestellten und Ar-beitern, welche 20 Jahre, die in der „Alten Brauerei Döpfner“ stattgefunden und zwar in dem früheren Bierkeller, der zu einem schönen Kellertal hergerichtet ist. Zu der Feier selbst hatten sich außer einigen geladenen Gästen, das gesamte Personal mit Frauen eingeschunden. Der Chef der Firma, Herr Döpfner, begrüßte die Erschienenen und ganz besonders die Jubilare. Er fand Worte der Anerkennung für alle und betonte, daß es ihm ein Gefühl der Genugtuung sei, indem er sagen könne, daß nahezu ein Drittel des Gesamtpersonals unter den Jubila-ren zu finden sei. Auch hoffe und wünsche er, daß das gute Verhältnis zwischen den Ansestellten und der Firma weiter bestehen möge. Weiter gab er der Hoffnung Ausdruck, daß es ihm gelingen möge, die von seinem Vater errichtete Unter-stützungskasse, welche durch die Kriegszeit zugrunde ging, wie-der aufzubauen, damit Kranken und Invaliden der Firma im Notfall geholfen werden könne. Am Schluß seines Ansprache überreichte er den Jubilaren ein Diplom sowie eine Medaille. Auch gedachte er dem vor kurzer Zeit verstorbenen Braumeis-ter Kinkel, zu dessen Ehren sich die Anwesenden von ihren Sitzen erhoben. Es wurden nachfolgende Angestellte und Ar-beiter geehrt: Braun 50 Jahre, Kubn 45, Hellbauer 40, Küb-ler 35, Brand 30, Scheurer 30, Hinn 29, Steinbach 29, Schreier 29, Weib 29, König 29, Kängle 29, Wieland 29, Lang 24, Schiel 24, Bender 23, Gmeiner 23, Stroh 23, Kappel 22, Roth 21, Friedrich 20, Sabann 20, Robert 20, Reichenbacher 20, Schöfelin 20. Herr Kubn dankte in einer kurzen und Ansprache im Namen aller, sein Hoch galt dem Willen und Gewissen des Geschäftes. Der technische Direktor, Herr Kraus, ergriff nun das Wort und betonte besonders, daß er in der kurzen Zeit, wo er in der Firma tätig sei, gefunden habe, daß ein treuer Stamm von Arbeitern vorhanden, mit denen es sich arbeiten lasse. Es müssen alle, Hohe wie Niedere, ihre Pflicht tun. Und nicht zuletzt sei auch der Arbeiterbeweis am Aus-büßen des Geschäftes mitschuldig. Sein Hoch galt den Jubila-ren. Es sprach dann noch der Betriebsrat, Herr Sodann, Dant und Anerkennung aus; auch sein Hoch galt den Jubila-ren, in welches die Anwesenden begeistert einstimmten. Nun ging man in den gemütlichen Teil des Abends über. Eine Musikkapelle sorgte für die Stimmung und so verweilte man bei Speise und Trank, welches in genügender Weise von der Firma gestiftet, bis in die späte Nachtstunde. Sicher gingen alle mit dem Gedanken nach Hause, einen angenehmen Abend verlebt zu haben.

U. Gesangsverein Badenia. Die Generalversammlung am Samstag, 31. Jan., nahm in allen Teilen einen befriedigenden Verlauf. Nach einleitenden Begrüßungsworten an die Erschie-nenen durch den 1. Vorsitzenden Herrn Kieple und dem Vor-trag des Kirchenchor „Das ist der Tag des Herrn“ er-haltete der 1. Schriftführer Herr Hildebrand den Jahres-bericht über das vergangene Vereinsjahr, wofür die Sänger dem-selben mit einem Lied dankten. Der Rechenschaftsbericht des Kassiers Herrn Bilz zeigte, daß die finanzielle Lage des Ver-eins trotz der ungeheuren Steuern, die bei den Veranstaltungen abzuführen sind — mühten doch im vergangenen Jahre rund 7000 M an Steuer und Einlagegebühr an die Stadt bezahlt wer-den — eine gute zu nennen ist. Nach dem Bericht der Rech-nungsprüfer wurde dem Kassier Entlastung erteilt und ihm ebenfalls durch Vortrag eines Liedes der Dank abgefaßt. Bei der nun folgenden Wahl wurde der alte Vorstand zum größten Teil fast einstimmig wiedergewählt. Für den nach vierjähriger Tätigkeit von seinem Amte als 1. Vorsitzender zurücktretenden Herrn K. Kieple, der leider nicht mehr zu demogen war, sein Amt weiterzuführen, wurde einstimmig Herr G. Lehner ge-wählt. Derselbe dankte zunächst dem scheidenden Vorsitzenden für seine langjährige erprießliche Tätigkeit und gab dem Wunsch Ausdruck, daß er auch weiterhin seine Person in den Dienst des Vereins stellen möge. Er richtete zum Schluß einen warmen Appell an die Mitglieder, ihn in seiner Amtsführung zu unterstützen, damit es ihm gelingen möge, den Verein auf der beschrittenen Bahn aufwärts zu führen. Nach einigen Ent-scheidungsänderungen konnte der 1. Vorsitzende die einstimmig be-liebte Versammlung schließen.

(2) Zweite Damenstiftung der Karnevalsgesellschaft Badenia. Am Sonntag nachmittag veranstaltete der Gesangsverein Badenia im großen Saale des „Alten Krug“ eine weitere Damen- und Fremdenstiftung. Der Besuch war gut. Die Stimmung gemollt-närrisch. Eine schöne Augenweide bot der Eisferrat und seine ihn umgebender Trabanten, die in ihren farbigen Kostümen und der überreichen Schmückung einen ungewohnt anziehenden Ein-druck erzeugten. Das buntere Programm, das allgemene Sichgehenlassen, mehr familiäre Beisammensein der Anwesen- den löste Stimmungen bei dem Einzelnen aus, die ihn und an-dere erfreuten und einzigt bezauberten. Die Büttenrednerinnen und -Medner fanden ein dankbares Feld, sollten aber belleide nicht alle allen Kellauer dabei ablagern. Mehr oder weniger wurden von diesen Vortragenden örtliche Vorgänge in sehr glük-slicher, zum Teil auch unglüklicher Form deklamiert. Bei ge-meinsamen Liedern erreichte die Veranstaltung ihren Höhepunkt. Die Karnevalsgesellschaft der Badenia hat ohne Zweifel den Be-zuchern das geboten, was von ihr erwartet wurde.

Kindertransport. Heute Dienstag abends 7:24 Uhr kehrten die vom Verein Jugendhilfe im Kindererholungsheim Langen-brand bei Neuenbürg untergebrachten Kinder nach sechswochen-langer Kur hierher zurück.



Ein Päckchen um 20 S. reicht 2 mal. Ueberall verlangen.
Stadtbuchauszüge der Stadt Karlsruhe
Sterbefälle. Robert, alt 7 Mon. 29 Tage, Vater Xaver Eid, Steinhauer. Adolf Roe, Schneider, alt 20 J. Wilhelm Schmidt, Sandhüter, alt 49 J. Selmut, alt 7 Mon. 9 Tage. E. Emil Jörnung, Kranenführer. Nikolaus Sigg, Buchdrucker, alt 40 J. Fritz Wagner, alt 50 J. Eleanore, alt 1 Jahr 3 Mon. B. Alfred Neubeller, Buchbindermeister.

26 verschiedene Suppen
von vollendetem Wohlgeschmack bereiten Sie mühelos, ohne langes Zureden, ohne durch Kochen mit Wasser, aus Maggi's Suppen-Würfeln zu 12 Pfg. für 2 Teller.
Kernzeichen: Der Name „Maggi“ und die gelb-rote Packung.
Erbs, Eier-Audeln, Königin, Blumenkohl, Grünkern, Tomaten, Tapioka edst.
Gier-Sternchen, Pilz, Rumpford, Reis, Erbs mit Reis, Windfor und andere.

Das bayerische Konföderat. Im gestrigen Bericht über die Verfassung der Gewerkschaften am Freitag, in welcher Genossin Wulf über „Das bayerische Konföderat“ sprach, hat leider der Druckfehler eine gewisse Unklarheit herbeigeführt. Es sollte in Wirklichkeit heißen: Im Verlauf der Geschichte wurde der Neuregelung der Kirchen- und Schulverhältnisse in Bayern viel zu wenig Beachtung geschenkt, trotzdem sie eine ungeheure große Gefahr für die geistige Freiheit der deutschen Bevölkerung in sich birgt und eine grobe Verletzung der Weimarer Verfassung darstellt. Es war deshalb ein guter Gedanke der Werbeabteilung der Gewerkschaften der Sozialdemokratischen Partei, über diesen äußerst wichtigen Vorgang in Bayern von sachkundiger Seite einen Vortrag halten zu lassen.

Colosseum. Heute abend 8 Uhr Varieteé-Vorstellung.

Karlsruher Polizeibericht vom 17. Februar

Aus Nahrungsvorgängen verurteilt sich gestern nachmittags gegen 5 Uhr die in der Schützenstraße wohnhafte Ehefrau eines Gerüstbauers mit ihren 1/2 und 2 1/2 Jahre alten Kindern durch Vergiftung zu vergiften. Die Polizei drang nach Aufbrechen zweier Türen in die verschlossene Wohnung und fand die Frau und die Kinder noch bei Bewußtsein.

Festgenommene Einbrecher. Die Diebstahlsbande, die hier in den letzten Tagen drei schwere Diebstähle verübte, wobei ihnen in einem Falle Kleider und im anderen mehrere Pistolen und andere Waffen in die Hände fielen, wurden gestern in Lörrach festgenommen. Es sind dies der ledige 26 Jahre alte Kellner Fritz Hettmannsparger von hier und der 23 Jahre alte Kinnoperateur Hans Kitzler von Freiburg. Diese beiden wurden erst kürzlich aus dem Landesgefängnis Freiburg entlassen. Einige der Mitäter konnten schon bald nach der Tat hier festgenommen werden, währenddem es den Haupttätern Hettmannsparger und Kitzler gelang, am Freitag, den 13. Febr., nach Freiburg zu entkommen. Dort verübten sie in der Nacht zum 14. Febr. in einem Kleidergeschäft in der Kaiserstraße einen weiteren Einbruch, bei dem ihnen Kleidungsstücke, u. a. auch Pelzmäntel, Lederautomantel und Sporttaschen im Wert von 3000 Mark in die Hände fielen. Den größten Teil dieser Beute fanden sie nach der Tat bahnlagernd nach Ettlingen, wo sie noch am gleichen Tage beschlagnahmt werden konnten. (Siehe auch unsere Meldungen unter Freiburg und Lörrach.)

Festgenommen wurde ein lediger Steinbauer aus Pfaffenbrunn wegen Blutschande.

Valuta

nach dem Berliner Mitteltkurs vom 16. Februar 1925

In Auszahlung: Belgien 21,23 M per 100 belg. Fr. Holland 168,80 M per 100 holl. Spanien 53,57 1/2 M per 100 Pes. Schweiz 80,57 M per 100 schw. Fr. Italien 17,29 M per 100 Lire. England 20,047 M per 1 Pfd. Sterl. Schweden 13,18 M per 100 Kronen. Frankreich 2 M per 100 franz. Fr. Desterreich 3,018 M per 100 000 Kr. Neuhork 4,20 M per 1 Dollar.

Wasserstand des Rheins

Schaffersheim 73; Kehl 210, gest. 37; Mainz 363, gest. 15; Mannheim 249, gest. 23 Hm.

Kleine badische Chronik

r. Gondelsheim. Das Finanzamt Bretten und die Holzauer von Gondelsheim. Die Gemeinderatsversammlung am 13. Febr. mußte sich mit dem Steuerabzug der Holzmacher beschäftigen. Die Gemeinde läßt alle Jahre im Gemeindefeld Holz fällen. Die Arbeit dauert etwa 8 bis 9 Wochen. Dieses Jahr behielt die Gemeinde ein Los zurück für die Arbeitslosen. Der Wettbewerb um die Arbeit war so groß, daß nicht alle Bewerber untergebracht werden konnten. Die Arbeit wurde so unterbrochen, daß der Arbeiter nicht auf 15 M die Woche kam. Den Arbeitslosen wurde ein Los auch im Afford vergeben, trotzdem unter den Arbeitslosen welche waren, die noch nie Holz gefällt hatten. Das Finanzamt Bretten verlangt nun 4 Prozent von jeder verdienten Mark, einerlei, was die Leute pro Woche verdienen haben. Ob dies gesetzlich zulässig ist, will das Bürgermeisterrat beim Obersteuerrat erkundigen. Wir möchten hier nur betonen: Wenn die Steuermänner bei den Großen ebenso energisch vorgehen, dann würde die Staatskasse bald überlaufen und die Finanzklassen bräuchten sich nicht mehr an die verdrängten Wutsperrigen zu klammern.

Mannheim. Am einer mehrmonatigen Gefängnisstrafe zu entgehen, die sie wegen Kuppelung angetreten hatte, unternahm eine in Waldhof wohnende Frau, deren Mann sich ebenfalls im Gefängnis befindet, eine Täuschung der Polizei dadurch, daß sie am Rhein einen Frauenhut und einen Abtrockner, an eine hiesige Frau gerichtet, niederlegte, um so Selbstmord vorzutäuschen. Diese Täuschung war ihr aber mißglückt; sie wurde bei einem hiesigen Freund ermittelt und ins Amtsgefängnis eingeliefert. — Donnerstag vormittag wurde durch unbekannte Täter an einem vor Anker liegenden Schiffe ein daselbst befestigter Nachen im Werte von 600 M gestohlen. — Donnerstag nachmittag wurden in der Ingenieurstraße etwa 20-25 Fahrräder dadurch mutwillig beschädigt, daß der Gummi im Hinterrad dadurch total aufgeschliffen, verschiedene Lampen zerstört und einige Griffe gelöst wurden.

Mannheim. Nach Beschluß des Ministeriums des Unterrichts soll dem 1. April ds. Jrs. als das Reichsfesttag in Mannheim aufgegeben werden. Mannheim-Stadt wird selbstständig. Mannheim-Land und der Amtsbezirk Weinheim sowie zwei Orte Reichelsfeld und Ebingen vom früheren Amtsbezirk Schwanau, der jetzt ganz dem Bezirksamt Mannheim angegliedert wurde, sollen dem Kreisamt Heidelberg, die anderen neun südlich gelegenen Orte dem Kreisamt Bruchsal einverleibt werden.

Freiburg. Einbruch in einem Kleiderhaus. Ein verwegener Einbruch wurde in der Nacht vom Freitag auf Samstag in das Kleiderhaus Vollerer in der Kaiserstraße ausgeführt. Die Diebe durchdrangen an der Rückwand des Hauses eine Mauer, drangen in den Keller des Geschäftshauses ein und erreichten von hier aus die Ladenräume. Entwendet wurden Pelzmäntel, Ledermäntel und Anzüge im Gesamtwert von etwa 3000 M. Zwei der Tat Verdächtige sind in Lörrach verhaftet worden, einen dritten ist man auf der Spur. Ein Teil der gestohlenen Güter ist in Ettlingen mit Beschlagnahme belegt worden, wohin es die Einbrecher bahnlagernd geschafft haben. (Siehe auch die folgende Meldung.)

Lörrach. Die Kriminalpolizei verhaftete auf dem Bahnhofs Lörrach zwei junge Leute, die sich dadurch verdächtig machten, daß sie 4 wertvolle Pelzmäntel an einem niedrigen Preise loszuschlagen wollten. Man fand bei den Beiden auch noch eine Scheutafel, in der sich verschiedene Einbrechermerkmale befanden. Der eine der Verhafteten erklärte, die Mäntel schon in Karlsruhe bei sich gehabt zu haben, der andere behauptete, sie von einem Unbekannten zwischen Freiburg und Basel gekauft zu haben, der auch die Fische mit den Werkzeugen zurückließ. Die Beiden hatten einen geladenen Revolver bei sich, kamen aus Karlsruhe und sind wegen schwerer Diebstahls verhaftet. Der eine unternahm einen Fluchtversuch, der ihm aber mißlang.

Letzte Nachrichten Zur Affäre der Postkredite

Berlin, 17. Febr. (Eigener Funddienst.) Der Zentrumsabgeordnete Lange-Hegemann, der bereits aufgefodert hat, sein Mandat niederzulegen, daß er jener Aufforderung aber bisher nicht nachkommen sei. Die geschäftliche Tätigkeit des Herrn Lange-Hegemann habe die Fraktion voll auf dem Runge beschränkt, er möge sein Mandat niederlegen. Die bisher unbestrittenen Mitteilungen verträglich mit dem moralischen Grundsatze, die jeder Zentrumsmitglied auch im geschäftlichen Leben zu beachten habe. Die Partei könne es nicht länger dulden, daß ein Abgeordneter aus ihren Reihen täglich mit unangenehmen Affären in Verbindung gebracht wird.

Richter in Ruhestand verfehlt

Berlin, 17. Febr. (Eigener Funddienst.) Amtlich wird mitgeteilt, daß das preussische Staatsministerium durch Beschluß vom 14. Februar den Berliner Polizeipräsidenten Richter mit sofortiger Wirkung in den einstweiligen Ruhestand versetzt hat.

Die Berichterstatter der Militärkontrollkommission unterwegs

Berlin, 17. Febr. (Eigener Funddienst.) General Walk, der Chef der französischen Abteilung der Militärkontrollkommission und der Leiter der belgischen Abteilung haben sich am Montag abend nach Paris gegeben, um der Berichterstatter-Konferenz den endgültigen Bericht der internationalen Militärinspektion in Deutschland zu überbringen.

Die Dortmunder Grubenkatastrophe

Dortmund, 16. Febr. Wie die Verwaltung der Zeche „Minister Stein“ mitteilt, wurden bis abends 7 Uhr im ganzen 133 Leichen geborgen, jedoch nur noch 3 fehlen. Die bis jetzt geborgenen Leichen sind alle rekonstruiert. — Die Ursache der Explosion ist noch ungeklärt. In Bergarbeitertreffen ist man der Ansicht, daß die Explosion auf Schüsse im Schacht zurückzuführen ist, wodurch eine Kohlenstaubexplosion hervorgerufen worden ist.

Der Antike Preussische Pressedient teilt mit: Am Dienstag, den 17. Februar, am Tage der Beerdigung der bei der Schlagwetterexplosion verunglückten Verlebten, werden auf Anordnung des preussischen Staatsministeriums die hiesigen und umliegenden Gebäude halbnacht Hageln. An der Beerdigung nehmen als Vertreter des Staatsministeriums teil: Handelsminister Sterner und Wohlfahrtsminister Stitzinger.

Zur einseitigen Veranlassung und Verwendung der anlässlich der Grubenunglücks auf der Zeche „Minister Stein“ eingegangenen und noch eingehenden Spenden setzte der Minister für Handel und Gewerbe einen Ausschuss ein, der aus dem Bergbauhaupteinmann in Dortmund als Vorsitzender, dem Oberbürgermeister in Münster, dem Oberbürgermeister in Dortmund, dem Landrat des Landkreises Dortmund, Vertretern der Gewerkschaften und zwei Vertretern des Betriebsrates besteht. Für etwa eingehende Spenden ist ein Konto unter der Bezeichnung:

Rechenungsamt Minister Stein bei der Städtischen Sparkasse und bei der Stadtbank in Dortmund und weiterhin ein Postsparkontokonto in Dortmund Nr. 7932 errichtet worden.

Wie die Blätter aus Dortmund melden, sind bei dem Hilfskomitee bis jetzt 750 000 M für die Hinterbliebenen der bei der Schlagwetterkatastrophe verunglückten Bergleute eingegangen. Das Geld soll als Grundkapital einer Unterstützungskasse verwaltet werden.

Hamburg, 16. Febr. Der Senat und der Bürgerentscheidungsrat haben beschlossen, als Spende der durch das Grubenunglück auf Zeche Minister Stein so schwer getroffenen Bevölkerung 25 000 M zu spenden.

Hochverratsprozesse

Leipzig, 16. Febr. Vor dem sächsischen Senat des Staatsgerichtshofes hatten sich der Eisenbrecher Bruno Schreiner aus Stuttgart und der Steinbruder August Gläfer aus Pforzheim wegen hochverräterischen Unternehmens zu verantworten. Das Gericht verurteilte Schreiner zu 1 1/2 Jahren Gefängnis und Gläfer zu 6 Monaten Gefängnis und 50 M Geldstrafe. Bei Gläfer gilt die Strafe als durch die Unterdrückungshaft verbüßt. Schreiner wird 1 Jahr Gefängnis als verbüßt angerechnet.

Breslau, 17. Febr. Der Strafsenat des Breslauer Oberlandesgerichts verhandelte am Montag gegen den 53jährigen Schriftleiter Alfred Betsel aus Ratiboritz wegen Verbrechen des Landesverrats und der Spionage. Die Verhandlung, die unter Leitung des Oeffentlichkeit-Richters endigte mit der Verurteilung des Angeklagten zu 5 Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Ehrverlust und Zulässigkeit der Polizeiaufsicht.

Verhaftungen im besetzten Gebiet

Bochum, 16. Febr. In den letzten Tagen haben in verschiedenen Städten, namentlich in Düsseldorf, die Franzosen Verhaftungen vorgenommen. Insofern dürfte es sich um rund 40 Personen handeln, denen seitens der Franzosen Verhaftung an Hochverratsanklagen vorgeworfen wird. Eine Mitteilung zu erhalten, was nicht möglich, da sich die Verhafteten in strenger Einzelhaft befinden, es ist nicht einmal möglich, die Namen der Verhafteten anzugeben, da selbst den Vertretern der Gerechtigkeit und den humanitären Organen die größten Schwierigkeiten hinsichtlich des Besuchs der Gefangenen gemacht werden.

Der Reichskanzler in Westpreußen

Marienburg, 16. Febr. Reichskanzler Dr. Luther ist in Begleitung des Reichswirtschaftsministers Dr. Neuhäuser und des Oberpräsidenten der Provinz, Sieber, heute vormittag hier eingetroffen. Nachmittags fand eine Besichtigung der Grenzführung an der Weichsel statt. Der Reichskanzler ließ sich an Ort und Stelle die Grenzführung eingehend erläutern und überzeugte sich von der gefährlichen Lage, die in das Reichsgebiet durch die unzureichende Grenzregulierung gekommen ist. Im Anschluß daran empfing der Reichskanzler im Regierungsgebäude in Marienburg Vertreter der Stadt Marienburg und der Provinzialverwaltung, die ihm im einzelnen die Not der Weichseliederung schilderten.

Briefkasten der Redaktion

Reingarten. Inzwischen hat der „Volkshilfsbund“ die Verteilung der Darlehen an landwirtschaftliche Organisationen beinahe vollständig abgeschlossen. Und zwar erhielten je 2 Millionen der Landwirtschaftsbank in Karlsruhe, die Bad. Bauernbank Freiburg, die Landw. Bauingenieurgesellschaft Karlsruhe, die Zentral-Bezugs- und Abgabengesellschaft des badischen Bauernvereins Freiburg und die Zentrale der Landw. Lagerhäuser A.-G. in Laubersheim. Sie können sich an eine dieser Organisationen wenden.

RESTE
vom Inventur-Verkauf u. Weiße Woche
um damit zu räumen enorm billig
Serie I 1.50 Serie II 2.50 Serie III 3.50
Tatsächlicher Wert das Drei- und Vierfache 1389
Mehle & Schlegel Karlsruhe Kaiserstraße 124 b

Paßbilder für Reise und Fahrkarten sofort
Offier-Photos Billigste Preise Photogr. Atelier
Rausch & Pester Erbprinzenstr.
Kleiderschrank pol., Kommode, Büchschloß, Kanape, Kasten, Schreibstisch m. Stuhl, pol., Bett, Matratze, Tisch, Stühle sehr billig zu verkaufen. Zähringerstr. 33a, Lab.

20 eichene Schlafzimmer Speisezimmer sehr billig in nur bester Qualität zu verkaufen. Zahlungsziel 3 Monate. **Kein Laden.** Nur Mühlburg Lameystr. 51 **Spezialvertrieb Schweitzer.**

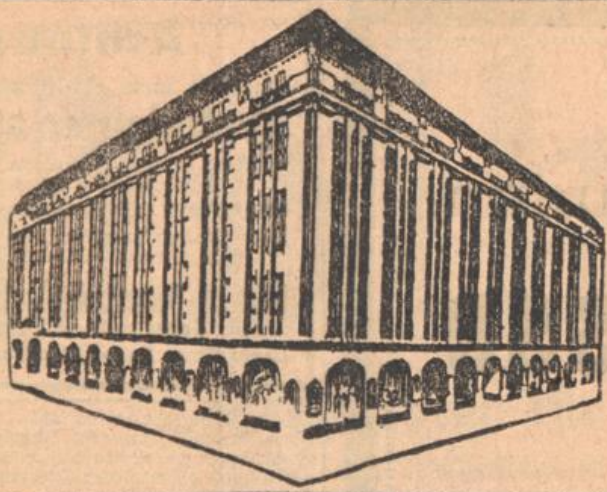
Strickmaschine „Dabnet“ billig zu verkaufen. **Nopper, Strickstraße 64.**

!Achtung! haben Sie schon die patent Chromled. Sohle Marke Neptunus probiert, es ist bewiesen, daß dieselben 2-tache Haltbarkeit haben, daher die billigste Reparatursohle ist, erhältlich im **Leder-u. Schaffsthaus G. Meyer** in Durlach Ecke Amalien- und Bismarckstraße.

Todes-Anzeige. Allzufrüh geftel es Gott dem Allmächtigen, meinen herzensliebsten Mann, meinen herzensguten Vater, Sohn, Bruder, Schwager und Onkel **Nikolaus Sigg, Buchdrucker** nach langem, mit Geduld ertragenem jaherem Leiden im Alter von 40 Jahren zu sich ins Jenseits abzurufen. 1890 Karlsruhe, Lautrach b. Memmingen und München, den 16. Februar 1925. **Lina Sigg** nebst 2 Kindern. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 18. Februar, vormittags 11 Uhr von der Friedhofstafel aus statt.

Sozialdemokrat. Partei Karlsruhe
Von dem Hinscheiden unseres wertigen Genossen **Nikolaus Sigg, Schriftfeger** gehen wir unseren Mitgliedern hierdurch Kenntnis. Die Beerdigung findet Mittwoch vorm 11 Uhr statt und eruchen wir um zahlreiche Beteiligung. **Der Vorstand.** 1925

Trauerbriefe liefert schnell und billig die Buchdruckerei „Volkshilfsbund“, Zullstraße 24. — Telefon Nr. 128.
Sehr gut erhalten Gehrock-Anzug Entwurf „Smoking“ Frack mit Weste u. einige Sacco-Anzüge Marengoldeberzieher sehr billig zu verkaufen. Zähringerstr. 59a, Lab. **Schul-Artikel** Briefpapiere Schreibwaren Ansichtskarten auch selbst **Volksbuchhandlung** Adlerstr. 43. Tel. 3702.



Erste Häuser



Das große moderne Warenhaus

Geschw. **KNOPF** Karlsruhe

führt in 50 reichsortierten Spezial-Abteilungen
sämtliche Bedarfsartikel in großer Auswahl.



Kaufhaus
Schmoller & Co.
Karlsruhe
Billigste Bezugsquelle
sämtlicher
Bedarfsartikel.



Hausfrauen! Hausfrauen!

Verwenden Sie für Tafel und Küche nur die
erstklassige **Durlacher Stolz** Margarine
täglich frisch und billig
in allen einschlägigen Geschäften zu haben.
Vereinigte Süddeutsche Margarine- und
Fettwerke A.-G., Durlach (Baden).

CONFEKTIONSHAUS
HIRSCHEN
Herrenbekleidung
Herrenwäsche / Berufskleidung
Kaiserstrasse 95 Ecke
Kronenstrasse



Leipheimer & Mende

Gegr. 1834 Spezial-Geschäft Tel. 211 u. 214
Herren- und Damenkleiderstoff, Seide, Baumwollwaren,
Wäschestoffe, Weisswaren, Gardinen, Schlafdecken
Grösste Auswahl Billigste Preise

Branntwein-
Großhandlung
Karl Seubert
Karlsruhe (Baden)
Kaiserallee 27.
Telegramm-Adresse:
Edelkirsch.
Fernsprecher 4677.



Wein-Großhandlung und Branntweinbrennerei, Faßgroßhandlung
Gottlob Bauer Inhaber: **Karl Seubert**

Karlsruhe (Baden), Goethestraße 10
Fernsprecher Nr. 2245 Telegramm-Adresse: Weinbauer

Es empfiehlt sich bei Bedarf in sämtlichen Weinen (Badische Weine,
Pfälzer- oder Rheinweine) bei mir Vorzugs-Angebote einzuholen.



GRITZNER Nähmaschinen | Bestes
Fahrräder | deutsches Erzeugnis!

Maschinenfabrik Gritzner A.-G., Durlach.

Gute Ware!

Pfannkuch
Eingetroffen:
Ein größerer
Posten
**Limburger
Stangen-
käse**
1/4 Pf. 20 Pf.
im ganzen Zeit
78 Pf.

Pfannkuch
Frühjahrs-
Gummi-
Regen-
Kostüme, Röcke,
Woll-
Selden-
Wäsche-
Blusen, Jumper,
Unterröcke, Regen-
schirme zu bekannt
billigen Preisen.
DANIELS
Konfektionshaus
Wilhelmstr. 36, 1 Tr.
Keine
Ladenspesen,
Personalspesen

In 30 Minuten
Ihre **Paßbild**
in 11 Photogr. Atelier
Raffstr. 50, Eing. Adlerstr.

Für
Konfirmation und Kommunion
**Schwarze u. Weisse
STOFFE**
in allen Arten und Preislagen

RESTE
in allen Lägern zu ausser-
gewöhnlich billigen Preisen

Leipheimer & Mende

Achtung!
Empfehle mein reichhaltiges Lager in
Grabsteinen aller Art
zu den billigsten Preisen. Ausführung
nach jeder Zeichnung.
Grabstein-Einfassungen 35 Mk.
Reparaturen werden billigst berechnet.
Komme auf Wunsch ins Haus.
Hau u. Grab-
steingeschäft
Karl Huber,
Scherrstr. 4 (Südstadt)
Lagerplatz: Ecke Luisen- u. Sybelstraße.

Im Konturverfahren über das Vermögen der
Firma Reinhold André, Inhaber Walter Demant
in Karlsruhe, Herrenstraße 21, ist Termin zur Prüfung
nachträglich angemeldeter Forderungen bestimmt auf
Dienstag, den 17. März 1925, vormittags 9 1/2 Uhr,
Zimmer 141.
Karlsruhe, den 13. Februar 1925.
Gerichtsschreiberi Bad. Amtsgerichts A. 5.

Zwangsvollstreckung
Dienstag, den 17. Febr.
1925, nachm. 2 Uhr
werde ich in Karlsruhe im
Pfundlokal Steinstr. 23
gegen bare Zahlung im
Sollstreckungswege öffent-
lich versteigern:
1 Schreibstisch, 180 Stellen
verschiedener Art. 1399
Karlsruhe, 14 Febr. 1925
Niegi
Gerichtsvollzieher.

Zwangsvollstreckung
Dienstag, den 17. Febr.
1925, nachm. 2 Uhr
werde ich in Karlsruhe im
Pfundlokal Steinstr. 23
gegen bare Zahlung im
Sollstreckungswege öffent-
lich versteigern:
1 Gasherd (2flammig)
1 Kopierpresse mit Tisch
Karlsruhe, 14 Febr. 1925
Niegi
Gerichtsvollzieher.

Milch!

Die Milchverteilung im Schwarzen-
bachthale hat Wilh. Selter über-
nommen und wird in der Kantine

täglich frische Vollmilch

verabreicht.

Auch sämtliche andern

Vollmilchprodukte

sind in stets erstklassiger Qualität zu
erhalten.

Milchzentrale Baden-Baden

Zweigstelle der bad. landwirtsch.-
Hausgenossenschaft.

Badische Lichtspiele für Schule u.
Volksbildung
Konzerthaus.
Der verlorene Schuh
nach dem Aschenputtelmärchen mit Motiven von E. T. A.
Hofmann und Brentano, von Dr. Ludwig Berger.
Die Musik wird von der Polzelkapelle gestellt.
Dienstag, 17. Februar und Mittwoch, 18. Februar,
jeweils abends 8 Uhr
Mittwoch auch 4 Uhr nachmittags
Vorverkauf: Musikhaus Müller, Kaiserstrasse. 1925
Preise Mk. 1.70, 1.50, 1.— und 0.60
Studierende und Schüler gegen Ausweis halbe Preise.

"Dulla-Tee"
geschaltvoll u. billig
Wenn Du gesucht und nicht gefunden
Das Beste was es gibt an **TEE**
So fordere, wo Du bist Kunde
Die „Gratisprobe“ **Dulla-Tee.**
TEE-, Kakao- und Vanille-Import
L. Richtersheimer, Mannheim
Wiederverkäufer erhalten Gratisproben
von **Hermann Munding, Karlsruhe,**
Herrenstraße 4 — Telefon 3542.

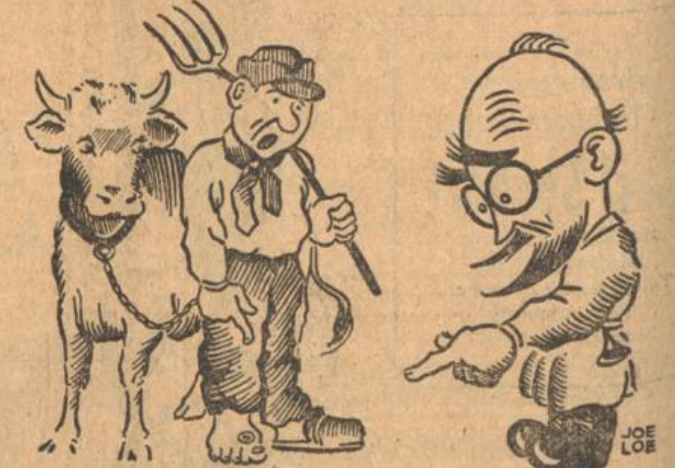
**Uhren
Ketten
Rechen
Anhänger**
in reicher Auswahl
Reparaturen aller Art.
Morgenstr. 12
K. Zepfel, Telefon 6541

Saujhe meine 3 Zim-
merwohnung in der
Hirschstraße gegen
3-4 Zimmerwohnung im
Vorderhaus, gleich welcher
Lage. E. H. unter Nr. 1925
an das Volksfreundbüro

COLOSSEUM
Täglich 8 Uhr die große Revue
Karnevalsträume
Gebrandeter
Kindertwagen
billig zu verkaufen.
Stornblumentr. 10 III. r.

Bel Rheumatismus
Gicht, Reissen, ist Dr.
Bullebs australisches
Eucalyptusöl unent-
behrlich
**H. Relehard, Engel-
Drogerie, Werderpl. 44,
Inh. Karl Rott, Zähr-
ingerstraße 55.**

**Badisches
Landestheater**
Dienstag, 17. Febr. 1925
D 16, Th.-Gem. Nr. 2501
bis 2800, Volksbühne 6
**Der Barbier von
Bagdad**
Eger in zwei Akte v. Peter
Cornelius. Musik Leitung:
Alfred Lorenz. In Szene
geführt von Hans Busard
Besetzung:
Der Kalif . . . Barth
Baba Muffafha . . . Peters
Margiana Bag-Behlmann
Woliana . . . Wenzel
Rureddin . . . Reutwig
Abul Dschun
Dr. Buderpernig
Herranz
Pierrots Sommernacht
Ballet-Bantomime in 1
Akt. Dichtung und Musik
von Fern. Regell. Musik-
Leitung: Wilh. Schweppé.
Choreographie: Emil Vame.
Besetzung:
Pierrot . . . Annie Heuser
Pierrette Nofel Frohmann
Venus . . . Else Wieland
Sahir . . . Selma Wangel
Sultan . . . Toni Böhmant
Amor Johanna Sonntag
Der große schwarze
Pierrot . . . Wini Laine
Anfang 7, Ende 9 1/2 Uhr.
Zweyter I. Akt. 6.00.



Aus Dr. Unblutig's Praxis.
Aufbewahren!
Dr. Unblutig wird häufig auf Land gerufen, denn auch dort gedeihen die
Hühneraugen und andere Fußleiden. Eines Tages begegnet er einem Bauernknecht,
der eine Kuh führt. „Wo wollt ihr beiden denn hin?“ fragt Dr. Unblutig. „Das
recht den Dritten gar nichts an“, antwortet der Bauer mehr schmerzhaft als liebens-
würdig. Er wird erst zugänglich, als sich Dr. Unblutig erkundigt, woher es denn
kommt, daß er an einem Fuße hartnäckig geht und warum der Fuß so geschwollen
ist. Der Bauer macht seinem Unmut die bitterste Luft. Er habe die Botenfrau
beauftragt, ihm aus der Stadt Kukuirol mitszubringen, von dem er schon so viel
Gutes gelesen habe. Die dumme Ziege habe ihm aber irgend ein nichtnutzendes
Zeug mitgebracht, das habe er ausgelegt und seit 3 Tagen laufe er nun mit diesem
Fuße herum, der so geschwollen ist, wie ein neues M. G. R. Am Tage nach seiner
Wahl und so empfindlich, wie eine alte Lebtante zu ihrem Geburtstag. „Ja, guter
Mann“, sagt Dr. Unblutig, „zunächst werfen Sie erst einmal dieses Zeug, das Ihnen
solche Schmerzen verursacht, ins Feuer. Oder, wenn Ihnen Ihr Schatz untreu
wird, weil Sie nicht mit zu Tanze gehen können, so pappen Sie es ihr auf das
Mund. Sie bekommen dann Lippen, daß man Pfannkuchen darauf backen könnte
und muß dann ebenfalls zu Hause bleiben. Nun aber erst einmal heute abend
ein Kukuirol-Fußbad. Die Entzündung wird sich legen, und die Hühneraugen
werden auch nicht mehr schmerzen. Sie haben dann auch keinen Fußschwellen
mehr. Die Füße werden nicht mehr wund und brennen nicht, sondern fühlen
sich warm und trocken an, statt kalt und feucht. Dann legen Sie auf die Hühner-
augen das ärztlich empfohlene, millionenfach bewährte Kukuirol-Hühneraugen-
Pflaster. In 3 Tagen sind Sie Ihre Hühneraugen los, ohne Entzündung und ohne
Schmerzen. Und jeden Morgen tun Sie etwas Kukuirol-Streupuder auf Ihre Füße,
in Ihre Schuhe und Strümpfe. Sie werden dann laufen, wie eine Biene, wie
wären beim Tanzen so elegant dahinschweben, wie ein Kavaller aus Berlin. Sie
und Ihre Füße werden nicht mehr so landwirtschaftlich riechen, wie sie es jetzt
Jeden Abend tun, weil es nämlich Schweiffüße allerster Qualität sind. Diese
ganze Kukuirolkur kostet nur 2 Mark. Schreiben Sie aber der Botenfrau ein, daß
sie in der Apotheke oder Fachdrogerie die echten Kukuirol-Präparate verlangt und
auf die Schutzmarke „Hahnenkopf mit Fuß“ achtet. Das Kukuirol-Fußbad können
Sie übrigens schon für 30 Pfg. haben, wenn Sie die einfache Packung verlangen.
Die Doppel-Packung kostet 50 Pfg.“
Unsere, unter ärztlicher Leitung stehende, wissenschaftliche Abteilung erteilt
gegen Rückporto Kontonlos Rat und Auskunft über alle die Fußpflege und Fuß-
leiden betreffenden Fragen. Außerdem senden wir Ihnen auf Verlangen eine lehr-
reiche Druckschrift über die Notwendigkeit der Fußpflege.
Kukuirol-Fabrik Groß-Salze bei Magdeburg.

Bekanntmachung.
Betrifft unsere Annonce Billiger Brotverkauf
Wir bringen der verehrlichen Einwohnerschaft von Durlach und Um-
gebung die Gründe und den wahren Sachverhalt vor, welche uns veranlaßten,
den billigen Brotverkauf zu beenden. Nachdem wir mit Herrn Fr. Jos.
Walter ca. 14 Tage betr. des badens. uneres Brotes verhandelt und endlich
am letzten Donnerstag zum Abschluß des Vertrages kamen, in welchem uns
ausdrücklich Herr Bürgermeister Fr. Jos. Walter seine Bäckerei ausschließlich in
den Dienst der Firma Wilhelm Kappler & Sohn stellte, hat sich nun dieser
geweigert, für uns zu backen. Am Sonntag abend hat er uns schon persönlich
erklärt, daß er der Bäckereieinzelgenossenschaft und der Bäckervereinigung, ver-
treten durch die Herren Bäckereimeister König und Oberbäcker Wied, das Ver-
sprechen abgeben mußte, daß er für uns nicht backt, trotz des abgezeichneten
Vertrages. Es tut uns außerordentlich leid, der Einwohnerschaft von Durlach
und Umgebung das billige Brot durch diese Quertreiberei nicht liefern zu
können, wir glauben aber bestimmt, daß wir in bald der Einwohnerschaft
billiges Brot zukommen lassen können, da sich eine natürliche Sache nicht künst-
lich unterdrücken läßt.
Hochachtungsvoll
Wilhelm Kappler & Sohn.